


<http://www.laender-analysen.de/russland/>

JAHRESRÜCKBLICK 2019: STAGNATION UND HOFFNUNGSLOSIGKEIT?

KOMMENTAR			
Das Protestjahr 2019	2	Nord Stream 2: (Wie) weiter?	14
Von Jan Matti Dollbaum (Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen)		Von Julia Kuszniir (Jacobs University Bremen)	
Sozialpolitik in Russland 2019	4	Zukunft?	15
Von Martin Brand (Universität Bremen)		Von Jens Siegert (Moskau)	
20 Jahre Putin – Rückkehr der Innenpolitik	5	UMFRAGE	
Von Fabian Burkhardt (Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin)		Auswanderungswunsch	17
Pressefreiheit nur auf dem Papier	8	Aktuelle Zustimmungswerte	19
Von Ulrike Gruska (Reporter ohne Grenzen, Berlin)			
Akademische Freiheit in Russland: Anpassung an den autoritären Staat?	9	DEKODER	
Von Alexander Libman (Ludwig-Maximilians-Universität München)		Schlusswort von Jegor Schukow: »Je schlimmer meine Zukunft, desto breiter mein Lächeln«	25
Russland – Europarat 1:0	11	DOKUMENTATION	
Von Susan Stewart (Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin)		Moskauer Prozess – »Moskowskoje delo«	28
Wenig Neues in der Außenpolitik	12	CHRONIK	
Von Hans-Joachim Spanger (Leibniz-Institut Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung)		11. November – 7. Dezember 2019	29

Das Protestjahr 2019

Von Jan Matti Dollbaum (Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen)

War das Jahr 2019 in Russland ein Jahr der Proteste? Legt man die Medienberichterstattung zugrunde, so muss die Antwort »ja« lauten. In Moskau demonstrierten Tausende für den Journalisten Iwan Golunow, dem die Polizei – mutmaßlich wegen seiner Korruptionsrecherchen – Drogen untergeschoben hatte. Später protestierten über 50.000 Menschen gegen Polizeigewalt und die Nichtzulassung unabhängiger KandidatInnen bei der Wahl zum Moskauer Stadtparlament. In Archangelsk wurde währenddessen gegen den Bau einer Deponie für Müll aus der Hauptstadt mobilisiert, in Jekaterinburg gab es Proteste gegen den Bau einer Kathedrale in einem Stadtpark, und in verschiedenen Regionen forderten Angestellte im Gesundheitswesen bessere Arbeitsbedingungen und höhere Löhne. All diese Ereignisse erregten mediale Aufmerksamkeit und fanden teils sogar international Beachtung. Doch gibt es im Vergleich zu den Vorjahren tatsächlich quantitative und qualitative Unterschiede?

In den Umfragen des Lewada-Zentrums ist sowohl der Anteil derjenigen Befragten, die (ökonomische) Proteste in ihrer Region für wahrscheinlich halten, als auch der Anteil derjenigen, die sich selbst an solchen Protesten beteiligen würden, zwischen 2015 und Sommer 2018, dem Zeitpunkt der Proteste gegen die Rentenreform, deutlich angestiegen – seither allerdings wieder leicht zurückgegangen (siehe Grafik 1 auf S. 3). Verlässliche Zahlen zu tatsächlichen Protestereignissen im laufenden Jahr stehen noch aus. Untersuchungen vergangener Jahre legen jedoch nahe, dass die in Umfragen gemessene Protesterwartung und -bereitschaft eher die Bewertung der Gesamtlage (siehe Semenov 2019) und die Bewertung politischer Eliten und Institutionen abbilden, als dass sie direkt mit Protesten in Verbindung stünden.

Qualitativ unterscheiden sich die vielbesprochenen Protestereignisse des Jahres 2019 auf den ersten Blick wenig von denen früherer Jahre. Thematisch bilden sie recht genau das traditionelle Spektrum ab: Umweltprobleme, Konflikte um urbane Grünanlagen, Beschneidung demokratischer Rechte, Korruption und Repression, soziale und/oder ökonomische Forderungen. Ebenfalls nicht neu ist, dass ein Brückenschlag zwi-

schen politischen Protesten und oft explizit »unpolitischen« sozialen und ökologischen Protesten wiederholt gefordert und angestrebt wird, aber nur in Einzelfällen gelingt.

Neues findet sich weniger in den Protesten selbst als vielmehr in den Reaktionen, die sie hervorrufen. Erstens erfahren Proteste – auch in den Regionen – größere Aufmerksamkeit von unabhängigen und oppositionellen Medien. Zweitens ziehen einige Anliegen mittlerweile die Solidarität von Gruppen außerhalb oppositioneller Milieus oder direkt Betroffener auf sich – siehe etwa die kritischen Reaktionen regierungsfreundlicher JournalistInnen auf die Verhaftung Golunows und die Aussprache zahlreicher Künstler für die Opfer der Repressionen in Moskau. Drittens sahen sich auch die politisch Verantwortlichen in vielen Fällen zu Konzessionen gezwungen: der Bau der Kathedrale in Jekaterinburg wurde verlegt, die Arbeiten an der Mülldeponie in Schijes (im Gebiet Archangelsk) wurden unterbrochen und die Ermittlungen gegen Golunow eingestellt.

Jedoch: Der konzertierte Gewalteinsatz der Polizei im Zentrum Moskaus anlässlich der Wahlproteste und die mehrjährigen Freiheitsstrafen für einzelne Protestierende weisen darauf hin, dass sich aus einigen Teilerfolgen keine Prognose für eine generell höhere Kompromissbereitschaft ableiten lässt. Im Gegenteil: Wenn nötig, wird schnell klargestellt, wo die Grenzen sind. Dies zeigen auch die Repressionen gegen Alexej Nawalnyjs regionales Netzwerk im Oktober und November 2019 und die Verschärfung des Gesetzes über »ausländische Agenten«, auf dessen Basis nun auch Einzelpersonen zu solchen Agenten erklärt werden können.

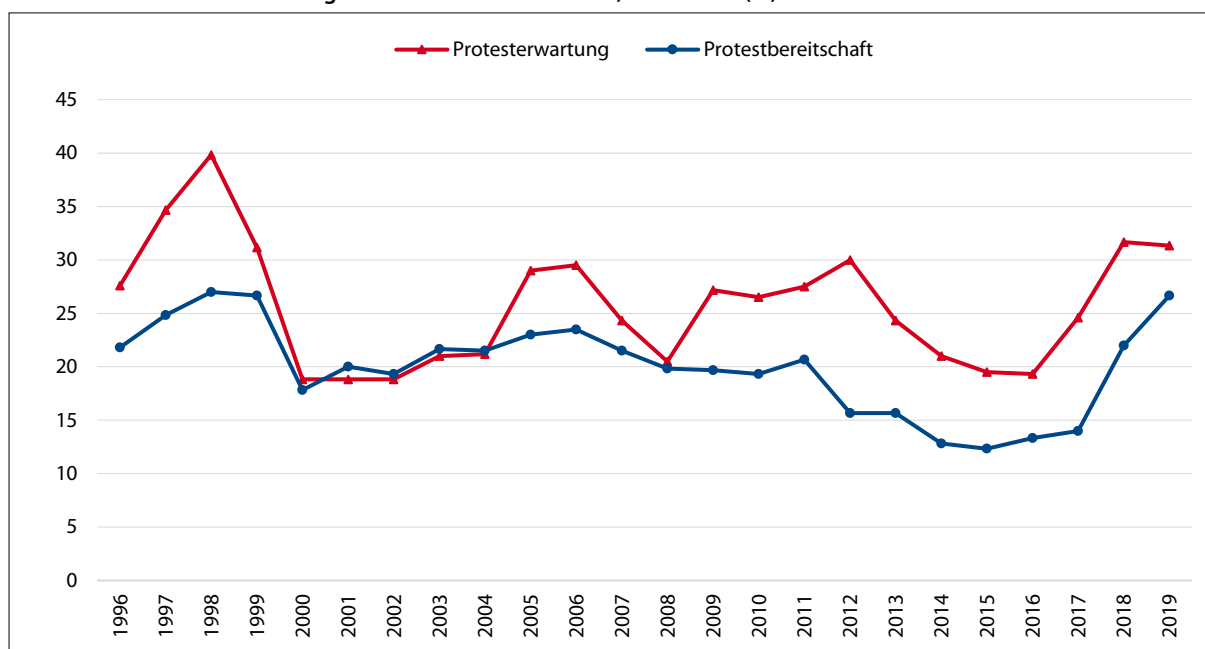
Dass die politische Führung in der heutigen Situation zu härterer Gangart bereit ist, heißt wiederum nicht, dass dies für immer gelte oder dass politische Veränderungen ausgeschlossen wären. Dafür aber wäre es notwendig, dass ein erheblicher Teil der Bevölkerung dem Präsidenten Wladimir Putin das Vertrauen entzieht (siehe z. B. Greene und Robertson 2019). Auch in einem solchen Szenario wären Proteste allerdings eher eine Begleiterscheinung der gesellschaftlichen Umwälzungen – und wohl kaum ihre Ursache.

Über den Autor:

Jan Matti Dollbaum ist Doktorand an der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen. Derzeit arbeitet er an der Fertigstellung seiner Dissertation zu Entwicklungspfaden von Protestinstitutionalisierung in vier russischen Regionen. Diese Publikation ist im Rahmen des internationalen Forschungsprojektes »Comparing protest actions in Soviet and post-Soviet spaces« entstanden, das von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen mit finanzieller Unterstützung der Volkswagen-Stiftung koordiniert wird.

Lesetipps:

- Bericht des Zentrums für Osteuropa- und internationale Studien (ZOiS) zu Jugend und Protest: <https://www.zois-berlin.de/publikationen/zois-report/zois-report-12018/> (Englisch).
- dekode-Dossier zu Protesten in Russland, erschienen auf Deutsch, Englisch und Russisch: <https://protest.dekode.org/>
- Dollbaum, Jan Matti. 2019. »Wie politisch ist Protest? Außerparlamentarische Opposition in Russland.« *INDES: Zeitschrift Für Politik Und Gesellschaft*, im Erscheinen.
- Greene, Samuel A., und Graeme B. Robertson. 2019. *Putin v. the People: The Perilous Politics of a Divided Russia*. New Haven: Yale University Press (Englisch).
- Interview mit dem Soziologen Alexander Bikbov zu den Moskauer Protesten im Sommer 2019: <https://republic.ru/posts/94458> (Russisch).
- Semenov, Andrei: Unregelmäßiger Rhythmus: Die Dynamik von Proteststimmung und kollektivem Handeln in Russland. Vortrag vom 5. Dezember 2019 an der Europäischen Universität St. Petersburg (Russisch).

Grafik 1: Protesterwartungen und Protestbereitschaft, 1996–2016 (%)

	Protesterwartung	Protestbereitschaft
1996	27,6	21,8
1997	34,67	24,83
1998	39,83	27
1999	31,17	26,67
2000	18,83	17,83
2001	18,83	20
2002	18,83	19,33
2003	21	21,67
2004	21,17	21,5
2005	29	23
2006	29,5	23,5
2007	24,33	21,5

	Protesterwartung	Protestbereitschaft
2008	20,5	19,83
2009	27,17	19,67
2010	26,5	19,33
2011	27,5	20,67
2012	30	15,67
2013	24,33	15,67
2014	21	12,83
2015	19,5	12,33
2016	19,33	13,33
2017	24,6	14
2018	31,67	22
2019	31,33	26,67

Anmerkung: Anteil derjenigen Befragten, die ökonomische Proteste für wahrscheinlich halten (Protesterwartung) und an ihnen teilnehmen würden (Protestbereitschaft) in % im Jahresmittel, 1996–2019. Daten: Lewada-Zentrum, Aufbereitung: Semenov (2019).

Sozialpolitik in Russland 2019

Von Martin Brand (Universität Bremen)

Einleitung

Als Präsident Wladimir Putin im Februar 2019 vor die Föderalversammlung trat, machte er deutlich, dass die Wohlfahrt der Menschen eines der zentralen Projekte seiner vierten Amtszeit sein soll. Familien, Armut, Gesundheit und Bildung – das waren die wichtigsten Themen seiner Ansprache, gefolgt von dem dringlichen Gebot einer kräftig wachsenden Wirtschaft (<http://www.kremlin.ru/events/president/news/59863>).

Bereits im Mai 2018 hatte Putin per Dekret die sozialen Ziele der nationalen Entwicklung bis 2024 – dem offiziellen Ende seiner Präsidentschaft – bestimmt: ein natürliches Bevölkerungswachstum, eine deutlich höhere Lebenserwartung, steigende Reallöhne und Renten, eine Halbierung der Armut, verbesserte Wohnbedingungen für mindestens 5 Millionen Haushalte sowie eine Inflation unter 4 Prozent (<http://en.kremlin.ru/events/president/news/57425>).

Für das soziale Gedeihen Russlands nahm Putin in seiner Botschaft an die Föderalversammlung die anwesende politische Elite in die Pflicht: »Wenn es jemand vorzieht, auf bewährte Weise zu arbeiten, eine ruhige Kugel zu schieben und Initiative und Verantwortung zu meiden, sollte er besser sofort gehen«. Damit waren die Verantwortlichen für eine erfolgreiche Umsetzung der Ziele und mögliche Konsequenzen eines Scheiterns klar benannt.

Rentenalter und Mindestlohn

Zum Auftakt des Jahres 2019 traten zwei wichtige sozialpolitische Neuerungen in Kraft. Es wurde zum einen recht geräuschlos die schrittweise Anhebung des Renteneintrittsalters von 55/60 Jahren (Frauen/Männer) auf 60/65 Jahre eingeleitet. Noch im Sommer 2018 hatte diese Reform zu massiven landesweiten Protesten geführt. Zum anderen wurde der Mindestlohn erstmals auf die Höhe des gesetzlichen Existenzminimums gehoben, was etwa jedem zehnten Lohnempfänger zugutekommen dürfte.

Nationale Projekte 2019–2024

Darüber hinaus liefen zu Beginn des Jahres die Nationalen Projekte 2019–2024 an. Darunter versteht die russische Regierung ein Investitionsprogramm von 25,7 Billionen Rubel (ca. 362 Milliarden Euro) über sechs Jahre, mit dem der wissenschaftliche, technologische und sozioökonomische Fortschritt gewährleistet und der Lebensstandard verbessert werden soll. Von den dreizehn Nationalen Projekten betreffen vier im enge-

ren Sinne den Bereich der Sozialpolitik: Gesundheit, Bildung, Demografie und Wohnen (Budget insgesamt: 6,7 Billionen Rubel, ca. 94 Milliarden Euro).

Für jedes Nationale Projekt wurde ein ganzes Bündel an Zielen und Erfolgsindikatoren formuliert. Wie erfolgreich diese letztlich umgesetzt werden, lässt sich aufgrund bisher fehlender Daten nicht abschätzen. Zumindest werden die Nationalen Projekte aus dem sozialen Bereich wesentlich engagierter angegangen als die übrigen Projekte. Zum Teil sind die versprochenen Investitionsprogramme jedoch Augenwischerei, da sie, wie im Bereich der Demografie, bereits vorhandene Programme einschließen.

Ein gravierendes Problem der Nationalen Projekte im sozialen Bereich liegt darin, dass die Erwartungen der Bevölkerung weit über die gesteckten Ziele hinausreichen. So erhoffen sich die Menschen einer Umfrage des analytischen Zentrums »NAFI« zufolge eine umfangreichere, qualitativ bessere und finanziell erschwingliche medizinische Versorgung, ein qualitativ gutes und finanziell zugängliches Bildungssystem oder sozial geförderten Wohnraum für junge Familien, Menschen mit Behinderungen oder Rentner (<https://nafi.ru/analytics/natsionalnye-proekty-ozhidanie-rossiyan-en-national-projects-expectation-of-russians-/>).

Kapitalgedeckte Rente

Von 2002 bis 2014 ruhte das russische Rentensystem auf zwei wesentlichen Säulen: einer umlagefinanzierten sowie einer verpflichtenden kapitalgedeckten Rente. Letztere wurde 2014 jedoch »eingefroren«. Statt die Beiträge zugunsten der Beitragszahler am Finanzmarkt zu investieren, werden sie seitdem dafür genutzt, die laufenden Renten zu begleichen. Im Herbst 2019 stellte das Finanzministerium schließlich eine Reform der totgelaubten kapitalgedeckten Rentenversicherung vor.

Der »Garantierte Rentenplan« sieht eine freiwillige private Zusatzrentenversicherung vor. Sie soll mittels Steueranreizen vom Staat gefördert und die Einlagen sollen durch staatliche Garantien abgesichert werden. Noch sind die Einzelheiten nicht geklärt, es scheint aber, dass 2019 tatsächlich neuer Schwung in die Reform des Alterssicherungssystems gekommen ist.

Armut und materielle Lage

Das wohl größte soziale Versprechen Putins besteht darin, die Armut im Land bis 2024 zu halbieren. In seiner Botschaft an die Föderalversammlung kündigte er an, die bisher eher marginalen Sozialhilfeprogramme

für Bedürftige massiv auszubauen. Tatsächlich hatte sich das Problem der Armut in den vergangenen Jahren verschärft. Lag die Armutsquote vor Beginn der Wirtschaftskrise 2013 bei 10,8 Prozent, so hatten 2018 12,6 Prozent der Menschen weniger als das gesetzliche Existenzminimum von gegenwärtig 11.185 Rubel (ca. 154 Euro) zum Leben.

Und 2019? Vorläufige Daten für das erste Halbjahr 2019 deuten darauf hin, dass die Zahl der Armen, d. h. jener, die weniger als das Existenzminimum zur Verfügung haben, gestiegen ist (13,5 %). Andere Daten wiederum legen eine Trendwende im dritten Quartal 2019 nahe. So bewerteten laut Rosstat 23,3 Prozent der Menschen in Russland ihre materielle Lage als »schlecht« oder »sehr schlecht« – in den beiden ersten Quartalen des Jahres waren es noch 29,6 bzw. 26,5 Prozent (<https://www.gks.ru/folder/13397>). Und auch bei den Realeinkommen deutet sich eine Verbesserung an. Während seit 2014 die real verfügbaren Einkommen zumeist sanken oder stagnierten, stiegen sie im dritten Quartal 2019 um 3 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum.

Fazit

Während die Jahre 2014 bis 2018 deutlich von einem sinkenden Lebensstandard geprägt waren, ist das Soziale nun in den Fokus der russischen Innenpolitik gerückt.

Über den Autor:

Martin Brand ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Sonderforschungsbereich 1342 »Globale Entwicklungsdynamiken von Sozialpolitik«, Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen. Er promoviert zur sozialpolitischen Entwicklung in Russland.

Lesetipps:

- Martin Brand (2018): Russia's Pension Reform, *Russian Analytical Digest*, Nr. 225, https://css.ethz.ch/content/specialinterest/gess/cis/center-for-securities-studies/en/publications/rad/rad-all-issues/details.html?id=n/o/2/2/no_225_russias_pension_reform
- Martin Brand (2020): Fighting poverty in Russia, *Russian Analytical Digest*, forthcoming.

Mit strukturellen Reformen und einer gezielten Unterstützung für Familien mit Kindern und Arme sowie Investitionen in Bildung und Gesundheit soll dem Trend der vergangenen Jahre entgegengesteuert werden. Ob die ergriffenen Maßnahmen erfolgreich sein werden, lässt sich derzeit noch nicht beurteilen. Zweifel sind jedoch angebracht.

Zum einen fehlen Mechanismen der gesellschaftlichen Aushandlung sozialpolitischer Ziele und Maßnahmen. Beides wird offensichtlich im Umfeld der Kreml-Administration erdacht und soll dann über die Vertikale der Macht landesweit durchgesetzt werden. Dieses Durchregieren scheint jedoch an Grenzen zu stoßen. Das zeigt sich beispielsweise daran, dass viele Regionen weit weniger Ausgaben für die Nationalen Projekte tätigen als vorgesehen. Auch Putins eingangs zitierte harsche Ansage an die politische Elite des Landes lässt sich dahingehend interpretieren, dass ihm erheblicher Druck auf die regionalen Machthaber notwendig scheint.

Zum anderen betonte Putin wiederholt, wie wichtig ein robustes Wirtschaftswachstum von über 3 Prozent ab 2021 für die sozialpolitischen Maßnahmen sei. Russlands Zentralbank ist jedoch etwas zurückhaltender und prognostiziert ein Wachstum des BIP von 0,8–1,3 Prozent im Jahr 2019, das auf 2–3 Prozent im Jahr 2022 steigen wird (<https://www.cbr.ru/eng/press/keypr/>).

20 Jahre Putin – Rückkehr der Innenpolitik

Von Fabian Burkhardt (Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin)

Resilient und anpassungsfähig

Im August 1999 wurde Wladimir Putin vom damaligen Präsidenten Boris Jelzin zum Premierminister ernannt und zu dessen Nachfolger designiert. Zu Anfang der dritten Dekade an der Macht sieht sich Präsident Putin im Jahr 2019 mit einer ganzen Reihe innenpolitischer Herausforderungen konfrontiert, die sich aus einer Kombination von struktureller Reformunfähigkeit, gestiege-

nen gesellschaftlichen Forderungen nach Wandel, Veränderungen im Medienkonsum weg vom Fernsehen hin zu Internetressourcen und sozialen Medien sowie der Unsicherheit innerhalb der Elite über das Nachfolgeproblem 2024 ergeben. Die Dauerhaftigkeit des Regimes liegt einerseits in der bisher formidablen Resilienz gegenüber inneren und äußeren Schocks sowie in intakten Krisenmanagementmechanismen begründet.

Gleichzeitig ist das Regime in dem Sinne nicht »stabil«, insofern es sich trotz politischer Stagnation als wandlungsfähig erweist und in der Lage ist, sich an veränderte Umweltbedingungen anzupassen. Um die Macht-sicherung des »kollektiven Putins« zu gewährleisten, gilt es aus Sicht des Kremls schon jetzt, proaktiv den großen Wahlzyklus mit den Dumawahlen 2021 und den Präsidentschaftswahlen 2024 wasserdicht zu machen. Zentraler Baustein hierfür ist die Verfassungsmehrheit von »Einiges Russland« (ER) in der nächsten Duma, die mit 301 (derzeit 341) Sitzen von Generalsekretär Andrej Turttschak auf dem Parteikongress am 23. November 2019 als Minimalziel ausgegeben wurde.

Regionalwahlen: Trend von 2018 gestoppt, Erosion von ER hält an

Putins vierte Amtszeit begann innenpolitisch holprig. Die im Mai 2018 ernannte Regierung zeichnet sich durch personelle und inhaltliche Kontinuität aus. Auch die Nationalprojekte zeugen von politischer Visionslosigkeit für die Zukunft Russlands. Zwar sind viele der Zielvorgaben durchaus erstrebenswert. Allerdings wurden zentrale Politikfelder wie etwa die Reform der Staatsverwaltung und des Justizwesens ausgespart, und laut Weltbank ist die prognostizierte Auswirkung auf das Wirtschaftswachstum mit 0,1 Prozent im Jahr 2020 und 0,2 bis 0,3 Prozent im Jahr 2021 insgesamt gering. Im besten Fall sind die Nationalprojekte als technokratisches Mobilisierungsinstrument für die behäbige Bürokratie und als *fine tuning* des Regimes zu verstehen. Die wie aus heiterem Himmel verkündeten Rentenerhöhung und Steueranhebung wirkten sich für den Kreml unerwartet deutlich auf die Regionalwahlen im September 2018 aus, bei denen vier Gouverneure im ersten Wahlgang verloren und ER deutliche Einbußen erlitt.

Insgesamt lässt sich für die Regionalwahlen im September 2019 festhalten, dass diese im Großen und Ganzen aus Sicht des Kremls als Erfolg zu verbuchen sind. Alle sechzehn direkt gewählten Gouverneure erzielten in der ersten Runde eine deutliche Mehrheit. Der Mix aus Wahlmanipulation und politischen Technologien zeugt von der Anpassungsfähigkeit des Kremls: In 80 Prozent der Regionen entließ Putin die amtierenden Regionalchefs vorzeitig und ernannte Interimgouverneure. 2013 hatte sich der Anteil der vorzeitigen Entlassungen noch auf ein Drittel der Regionen beschränkt. Die Einführung der Direktwahl der Gouverneure im Jahr 2012 wird sukzessive durch die Praxis der Quasi-Ernennung aus Moskau unterwandert. Sechs der sechzehn Gouverneurskandidaten traten zudem als Unabhängige an, um sich nicht mit dem Negativimage von ER zu schaden. Besonders auffällig war, dass sechs Kandidaten der systemischen Oppositionsparteien nicht zu

den Wahlen zugelassen wurden, obwohl insbesondere die Kommunistische Partei (KPRF) und die rechtsnationalistische LDPR traditionell die stärksten Gegenkandidaten stellen. Diese prophylaktische Sterilisierung im Vorfeld bescherte selbst unpopulären Kandidaten wie Aleksandr Beglow in St. Petersburg bei zum Teil niedriger Wahlbeteiligung deutliche Siege. Für ER fiel die Bilanz durchwachsen aus. Einerseits brach die »Partei der Macht« bei den zwölf Regionalparlamentswahlen spürbar ein, sie erzielte im Schnitt 16 Prozent weniger als bei den Regionalwahlen 2014 und 11 Prozent weniger als bei der Dumawahl 2016. ER erlangte dabei immer noch über 50 Prozent der Stimmen auf der Parteiliste, in drei Regionen blieb die Kreml-Partei allerdings unter 40 Prozent. Profiteure waren vor allem die KPRF, die im Schnitt mit 15,5 Prozent 6 Prozent mehr Stimmen erlangte als noch 2014. Die LDPR konnte sich gar um 8,1 Prozent auf knapp 15 Prozent steigern. Andererseits blieb ER mit 73 Prozent der Direktmandate aus den Einerwahlkreisen zwar deutlich hinter der mit 94 Prozent fast absoluten Dominanz aus dem Jahr 2016, allerdings konnte der Sinkflug vorerst gestoppt werden, der 2018 mit 71 Prozent ein vorläufiges Minimum erreicht hatte (<https://novayagazeta.ru/articles/2019/10/26/82505-vstrechnaya-mobilizatsiya>).

Duma-Wahlkampf 2021 vorzeitig eröffnet

ER demonstrierte im Jahr 2019 historisch schlechte Umfragewerte: Laut dem unabhängigen Lewada-Zentrum wären nur knapp unter, und nach dem staatlichen WZIOM knapp über 30 Prozent aller Befragten bereit, bei den nächsten Parlamentswahlen für ER zu stimmen. Vor den Dumawahlen 2016 lagen die Umfragewerte bei knapp über 40 Prozent. Um die Verfassungsmehrheit zu erreichen, müsste ER Schätzungen zufolge bei 40–45 Prozent im Parteisegment zwischen 85 und 90 Prozent der Direktmandate erzielen. Aufgrund der Umfrageflaute kursierten im Sommer 2019 Gerüchte, dass der Kreml plane, für die Dumawahl 2021 die Proportion im Grabenwahlsystem von 50/50 Prozent auf 75/25 Prozent zugunsten der Direktmandate zu ändern, da ER im Parteisegment deutlich schlechter abschneidet. Aufgrund der großen Variation der regionalen Wahlregeln, die unterschiedlichste Proportionen zwischen Proporz und Majorz aufweisen, dienten die Regionalwahlen als natürliches Experimentierfeld.

Obwohl hinsichtlich des Wahlrechts für das Jahr 2021 sicherlich noch keine endgültige Entscheidung gefallen ist, lassen die Regionalwahlen mindestens zwei Schlüsse zu. Erstens demonstrierte der Moskauer Protestsommer, dass Direktmandate auch Risiken bergen: Moskau ist die einzige Region, in der alle 45 Sitze des Regionalparlaments über Direktmandate verteilt wer-

den. Infolge der Protestwahl verringerte sich die von Bürgermeister Sergej Sobjanin und ER unterstützte Fraktion im Moskauer Parlament um 13 Sitze: von 38 auf 25. Zumindest in Moskau war auch die Technologie gescheitert, administrative Kandidaten als »Unabhängige« und nicht als ER-Mitglieder antreten zu lassen. Zweitens würden mehr Direktmandate ER als »Partei der Macht« schwächen und zu einer Gewichtsverschiebung hin vom föderalen Zentrum zu den Regionen und einzelnen finanzstarken Kandidaten führen, was wiederum zu einer heterogeneren ER-Dumafraktion führen würde. Der Herbst 2019 markierte somit nicht nur den offiziellen Beginn des Wahlkampfs für die Dumawahl 2021, sondern brachte auch ein klares Bekenntnis des Kremls zu ER als tragendem Stützpfeiler des Systems mit sich. Präsident Putin bekräftigte auf seiner Parteitage Rede am 23. November 2019 die Rolle von ER als »herrschender Partei«, die aber gleichzeitig auch Kontrolle der Bürokratie bei der Umsetzung der Nationalprojekte ausüben sollte, sowie als »Partei der Mehrheit« der Gesellschaft.

Der Parteivorsitzende Dmitrij Medwedew forderte mit einem gewollten Seitenhieb auf den Dauerkonkurrenten Sobjanin die Gouverneure auf, sich öffentlich zu ER zu bekennen und die Sekretärsposten der regionalen ER-Parteioorganisationen zu übernehmen.

Nachfrage nach Wandel als innenpolitische Herausforderung von unten

Im Verlauf des Jahres 2019 kristallisierten sich zwei parallel verlaufende Agenden seitens der Gesellschaft heraus. Zum einen sind dies Forderungen nach freien und fairen Wahlen, regelmäßigem Machtwechsel, Freiheitsrechten und Rechtsstaatlichkeit und nach dem Ende staatlicher Repressionen gegen Andersdenkende. Im November sprachen sich etwa 51 Prozent der Befragten einer WZIAM-Umfrage dafür aus, dass von Zeit zu Zeit die »Partei der Macht« (also ER) wechseln sollte (<https://wciom.ru/index.php?id=236&uid=10013>). Manifest wurden diese Forderungen vor allem bei den Protesten gegen die Festnahme des Journalisten Iwan Golunow und im Vorfeld der Moskauer Stadtpar-

amentswahlen, als die Protestierenden von der breiteren Bevölkerung mehr Sympathie ergatterten als die repressiv agierende Staatsmacht (<https://www.levada.ru/2019/10/09/bolee-treti-rossiyan-schitayut-prigovory-po-moskovskomu-delu-politicheski-motivirovannymi/>). Besonders ausgeprägt sind diese politischen Forderungen bei der nicht-systemischen Opposition sowie vor allem in der Hauptstadt und anderen Millionenstädten. Zweitens lässt sich in soziologischen Umfragen ein längerfristiger Trend verorten, demzufolge immer größere Bevölkerungsteile Wandel anstatt Stabilität bevorzugen, wobei hier vorrangig eine Verbesserung der sozioökonomischen Lage eingefordert wird. So gaben im Juli 2019 59 Prozent der Befragten an, dass entschiedene, umfassende Veränderungen notwendig seien. Auf Platz 1 der Forderungen standen höhere Gehälter, Renten und insgesamt ein besserer Lebensstandard (<https://carnegie.ru/2019/11/06/ru-pub-80273>). Im Weiteren glauben 72 Prozent der Bevölkerung, dass die Interessen der Staatsmacht und der Bevölkerung nicht kongruent sind, ein Höchstwert seit 2007 (<https://www.levada.ru/2019/11/28/obshchestvo-i-gosudarstvo/>). Anfang Dezember gaben 68 Prozent an, dass Änderungen an der Verfassung des Landes vorgenommen werden sollten, ein Anstieg um 24 Prozent seit 2013. Am beliebtesten zeigten sich auch hier Verfassungsänderungen im Bereich Sozialpolitik (<https://fom.ru/Bezopasnost-i-pravo/14307>).

Die innenpolitische Herausforderung des Kremls besteht darin zu verhindern, dass sich diese beiden Nachfragen nach politischem Wandel einerseits und Verbesserung der sozialen Lage der breiteren Bevölkerung andererseits im Vorfeld der Dumawahl 2021 zu einer Welle des Unmuts vereinen, die eine Verfassungsmehrheit von ER in der nächsten Duma zum Scheitern verurteilen könnte. Denn Russlands elektoraler Autoritarismus ist etwas pluralistischer geworden und nähert sich in einigen Regionen der Kompetitivität, die zuletzt Mitte der 2000er zu verzeichnen war. Erst 2021 wird sich zeigen, inwieweit die sich verändernde innenpolitische Wetterlage sich auch auf die föderale politische Landschaft auswirken wird.

Über den Autor:

Dr. Fabian Burkhardt ist Wissenschaftler in der Forschungsgruppe Osteuropa und Eurasien an der Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin. Er wurde 2018 an der Universität Bremen mit einer Arbeit über die Institution des Präsidenten in Russland promoviert. Von 2018 bis 2019 war er Postdoktorand am International Center for the Study of Institutions and Development (ICSID) an der National Research University »Higher School of Economics« (HSE) in Moskau. Er ist Assoziierter Wissenschaftler an der Forschungsstelle Osteuropa der Universität Bremen und am ICSID der HSE. Er forscht zur Innenpolitik Russlands mit den Schwerpunkten Exekutive und Elite.

Pressefreiheit nur auf dem Papier

Von Ulrike Gruska (Reporter ohne Grenzen, Berlin)

Auf der Rangliste der Pressefreiheit von Reporter ohne Grenzen steht Russland auf Platz 149 von 180 Staaten, also noch hinter Ländern wie Mexiko, Thailand oder dem Südsudan. Sieben Journalisten und Blogger saßen dort Ende 2019 wegen ihrer Arbeit im Gefängnis. Neue Gesetze schränkten in diesem Jahr die Arbeit von Medienschaffenden besonders im Internet weiter ein. Vor allem internationale Plattformen und Medien, die aus dem Ausland finanziert werden, nahmen die Behörden ins Visier.

Weltweite Aufmerksamkeit fand im Sommer der Fall von Iwan Golunow: Der 36-jährige Investigativ-Journalist des Nachrichtenportals *Meduza*, der über Korruption im Beerdigungs- und Baugeschäft recherchiert hatte, wurde am 6. Juni in Moskau festgenommen. Wegen fingierter Drogenvorwürfe drohten Golunow 20 Jahre Haft – in Russland kein ungewöhnliches Vorgehen. Doch Golunow erlebte eine beispiellose Welle der Solidarität: Tausende Menschen demonstrierten für ihn, selbst staatsnahe Medienschaffende stellten sich auf seine Seite. Die drei führenden russischen Wirtschaftszeitungen erschienen aus Protest mit identischer Titelseite, auf der in großen Buchstaben stand: »Wir sind Iwan Golunow« (russ.: *Ja/My Iwan Golunow*). Nach wenigen Tagen kam der Reporter frei, sämtliche Vorwürfe gegen ihn wurden fallengelassen. Doch ob die Verantwortlichen für Golunows Festnahme jemals zur Rechenschaft gezogen werden, ist fraglich: Mitte November erklärten die Ermittler sämtliche Unterlagen im Verfahren gegen die Polizisten zum Staatsgeheimnis.

Haftstrafen, Anklagen, Kündigungen

Mindestens sieben andere Journalisten und Blogger saßen Ende 2019 wegen ihrer Arbeit im Gefängnis, unter ihnen Raschid Majsigow, der in der nordkaukasischen Teilrepublik Inguschetien für das Nachrichtenportal *Fortanga* schrieb. Die Seite wurde im Juli 2019 vorübergehend gesperrt, weil sie »extremistisches Material« veröffentlicht habe. Im Juni wurde in der Nachbarrepublik Dagestan der Journalist Abdulummin Gadschijew von der Zeitschrift *Tschernowik* festgenommen. Ihm wird zur Last gelegt, terroristische Organisationen unterstützt zu haben. Wegen der »Rechtfertigung von Terrorismus« wurde im Oktober 2019 die Radijournalistin Swetlana Prokopjewa aus Pskow angeklagt. Ihr drohen sieben Jahre Haft. Terrorismus- und Extremismus-Vorwürfe wurden in den vergangenen Jahren häufig genutzt, um kritische Medienschaffende zum Schweigen zu bringen.

Ihre gesamte innenpolitische Redaktion verlor im Mai 2019 die liberale Wirtschaftszeitung *Kommer-sant*: Die Journalistinnen und Journalisten kündigten aus Protest gegen die Entlassung zweier Kollegen, die sich nach einem umstrittenen Artikel mit Hinweis auf den Quellenschutz geweigert hatten, ihre Informanten öffentlich zu machen. Mehr als 200 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Verlags beklagten in einem offenen Brief, eines der besten Medien des Landes werde zerstört, weil sich der Besitzer – der Milliardär Alischer Usmanow – in die redaktionelle Arbeit einmische.

Gesetze gegen die Meinungsfreiheit

Mithilfe restriktiver Gesetze schränkt der Staat die Presse- und Meinungsfreiheit vor allem im Internet weiter ein. Ein Gesetzpaket vom März 2019 stellt die Verbreitung angeblicher »Fake News« und »respektloser« Äußerungen über den Staat unter Strafe. Die Lokaljournalistin Irina Slawina aus Nischni Nowgorod wurde im Oktober zu einer Geldstrafe von 70.000 Rubel (rund 990 Euro) verurteilt, weil sie die Buchstaben eines Ortes, in dem eine Gedenktafel für Josef Stalin angebracht worden war, so geändert hatte, dass der Name ein Schimpfwort ergab. Es war die höchste Strafe, die bislang wegen »Respektlosigkeit« verhängt wurde.

Anfang Dezember unterzeichnete Präsident Putin ein Gesetz, das es ermöglicht, Journalistinnen und Journalisten als »ausländische Agenten« einzustufen. Darunter fallen Medienschaffende, die für nicht in Russland registrierte Medien arbeiten oder Honorare aus dem Ausland erhalten. Sie müssen sämtliche Inhalte, die sie veröffentlichen, mit dem Zusatz »ausländischer Agent« versehen – auch Beiträge in sozialen Netzwerken. Seit 2012 gilt dies bereits für politisch tätige Organisationen, die ganz oder teilweise aus dem Ausland finanziert werden, seit November 2017 auch für Medienunternehmen. Derzeit stufen die Behörden zehn Medien als »ausländische Agenten« ein, darunter den US-amerikanischen Auslandssender *Voice of America* und *Radio Free Europe/Radio Liberty* (RFE/RL).

Eine neue Stufe im Bemühen der russischen Regierung, den Datenverkehr im Internet zu kontrollieren, stellt das Gesetz über ein eigenständiges Internet vom Mai 2019 dar, gegen das im Frühjahr rund 15.000 Menschen in Moskau demonstrierten. Das Gesetz soll es den Behörden ermöglichen, das russische Internet im – bisher nicht näher definierten – Gefahrenfall vom weltweiten Netz abzukoppeln. Außerdem zentralisiert es die Kontrolle und Filterung des Online-Verkehrs: Mithilfe

neuer Technik, die Anbieter verpflichtend installieren müssen, will die Medienaufsichtsbehörde verbotene Seiten künftig direkt sperren, anstatt dies wie bisher den Providern zu überlassen. Zudem hofft die Regierung, durch verfeinerte Überwachungstechnik bestimmte Inhalte und Plattformen effektiver als bisher blockieren zu können. Bis das Gesetz umgesetzt wird, könnte es allerdings noch mehrere Jahre dauern: Im Herbst 2019 wurde die neue Technik gerade erst im Verwaltungsgebiet Ural getestet.

Druck auf internationale Plattformen

Seit Ende 2018 verstärkten die Behörden auch den Druck auf internationale Plattformen, die in Russland für unabhängige Medienschaffende von großer Bedeutung sind. Über Youtube, Facebook und Twitter erreichen sie ohne den Umweg über traditionelle Verlagshäuser oder Rundfunksender direkt ihr Publikum. Google wurde im Dezember 2018 zu einem Bußgeld von 500.000 Rubel (ca. 6.700 Euro) verurteilt – wenig später wurde bekannt, dass der Konzern die Ergebnisse der Online-Suche filtert und einen Teil der durch die Aufsichtsbehörde Roskomnadsor verbotenen Inhalte

nicht mehr anzeigt. Auch gegen Twitter und Facebook wurden im April Geldstrafen verhängt, weil die Unternehmen persönliche Daten russischer Nutzerinnen und Nutzer nicht – wie gesetzlich vorgeschrieben – in Russland speichern. Anfang Dezember unterzeichnete Präsident Putin ein Gesetz, das die möglichen Strafen gegen Unternehmen um ein Vielfaches erhöht.

Nach den Protesten gegen die umstrittenen Regionalwahlen am 8. September 2019 beschuldigten Duma-Abgeordnete Facebook und Google, Aufrufe zu nicht genehmigten Demonstrationen verbreitet zu haben. Auch der Deutschen Welle warfen sie vor, sich mit der Berichterstattung über die Proteste in die inneren Angelegenheiten Russlands eingemischt zu haben, und drohten dem Sender mit Arbeitsverbot. Während der Proteste erfuhren Online-Medien, die sich dem Meinungsdictat aus dem Kreml widersetzen, eine ungeahnte Welle der Unterstützung durch die Bevölkerung und erhielten zahlreiche Spenden. Gleichzeitig zeigte die Staatsspitze, dass sie notfalls auch vor dem größten Mittel der Zensur nicht zurückschreckt: In mehreren Stadtbezirken funktionierte das mobile Internet während der Demonstrationen vorübergehend nicht.

Über die Autorin:

Ulrike Gruska arbeitet seit 2012 als Pressereferentin und Regionalexpertin für Osteuropa bei der Menschenrechtsorganisation Reporter ohne Grenzen (ROG). Davor hat sie als freie Korrespondentin aus Russland und dem Südkaukasus berichtet, war Redakteurin beim Netzwerk für Osteuropaberichterstattung n-ost und bei deutschsprachigen Zeitungen in der Wolgaregion. Ulrike Gruska hat in Hamburg Politische Wissenschaft mit Schwerpunkt Osteuropa studiert. Sie ist Autorin des im November 2019 veröffentlichten ROG-Berichts »Alles unter Kontrolle? Internetzensur und Überwachung in Russland« (abrufbar unter: www.reporter-ohne-grenzen.de/russlandbericht).

Akademische Freiheit in Russland: Anpassung an den autoritären Staat?

Von Alexander Libman (Ludwig-Maximilians-Universität München)

Wissenschaftliche Gemeinschaften (insbesondere bei den Geistes- und Sozialwissenschaften) sind in autoritären Staaten oft widersprüchlichen Anreizen ausgesetzt. Einerseits betrachten autoritäre Regime den internationalen Erfolg der Forschenden als Status- und Prestigegewinn für das Land. Dementsprechend wird die Internationalisierung der Wissenschaft und die Anpassung an die globalen *Best Practices* gefördert. Andererseits ist die nach internationalen Standards organisierte Wissenschaft jedoch mit einigen Risiken für das Regime verbunden, nämlich aufgrund der kritischen Fragestellungen in der Forschung, und auch, weil sie bei Studierenden unabhängiges Denken fördert. Aus diesem Grund versuchen Autokraten die wissenschaft-

liche Gemeinschaft im eigenen Land eher unter Kontrolle zu bringen. Außerdem ist die Internationalisierung der Wissenschaft sehr teuer; falls das Regime also die Kosten für den Haushalt sparen will, ist eine restriktive Haltung gegen die Internationalisierung zu erwarten.

Die Wissenschaft in Russland entwickelte sich in den letzten zwei Jahrzehnten in einem Spagat zwischen diesen Zielen der autoritären Politik, wobei je nach dem politischen Klima entweder Internationalisierungstendenzen oder Isolationismus dominierten. Im Jahr 2019 scheinen isolationistische Tendenzen eine dominante Rolle gespielt zu haben. Das betrifft sogar die traditionellen Zentren des liberalen und prowestlichen Denkens wie die »National Research University Higher School

of Economics« (HSE). Seit Juni wurde die Hochschule zum Ort regelmäßiger politischer Auseinandersetzungen. Die Auflösung des Instituts für Politikwissenschaft (das mit dem Institut für öffentliche Verwaltung verschmolzen wurde) führte dazu, dass die Verträge von bekannten regierungskritischen Politikwissenschaftlern nicht verlängert wurden, wie zum Beispiel von Aleksandr Kynew, der insbesondere für seine Forschung über russische subnationale Politik bekannt ist. Einige andere Forschende der HSE berichteten von politischem Druck. Im Mai hat die Hochschulleitung der HSE entschieden, die studentische Talkshow »W Totschku! Persona« (dt.: »Auf den Punkt! Person«) zu schließen, nachdem die Studierenden Ljubow Sobol, Juristin in Alexej Nawalnyjs »Stiftung zur Bekämpfung der Korruption« (*Fond borby s korrupzijej*, FBK), zur Show eingeladen hatten. Im Dezember 2019 verlor die studentische Zeitschrift »DOXA« ihren Status als offizielle studentische Organisation und damit auch die Unterstützung der HSE, und zwar nach einem kritischen Artikel über Natalja Potschynok, die Rektorin der Russischen Staatlichen Sozialuniversität, die an den Wahlen zur Moskauer Stadtduma als regierungsfreundliche Kandidatin teilgenommen hatte.

Im Februar verabschiedete das russische Bildungsministerium einen Erlass (der allerdings erst im Juli an die Hochschulen und Forschungseinrichtungen verschickt wurde), der die Kontakte zwischen russischen Wissenschaftlern und Ausländern (inklusive ausländischen Forschenden) auf eine höchst restriktive Weise regelt. Dem Wortlaut des Erlasses zufolge, muss das Bildungsministerium über alle Treffen zwischen russischen und ausländischen Wissenschaftlern vorher informiert werden. Jedes Treffen, auch in der Freizeit, muss von der Hochschul-, bzw. Institutsleitung genehmigt werden. An jedem Treffen müssen mindestens zwei Wissenschaftler von russischer Seite teilnehmen, die danach einen Bericht erstellen müssen. Den ausländischen Forschenden (zu denen ausdrücklich auch die im Ausland tätigen russischen Staatsbürger gezählt werden) ist es untersagt, Laptops, Mobiltelefone und andere »Infor-

mationsverarbeitungsgeräte« bei solchen Treffen dabei zu haben und zu benutzen.

Das russische Bildungsministerium besteht informell darauf, dass der Erlass für die meisten russischen Hochschulen eine reine Empfehlung ist und die Daten lediglich für statistische Zwecke erhoben werden (eine offizielle und öffentliche Klärung bleibt jedoch aus). Die Logik der russischen Bürokratie diktiert jedoch ein möglichst vorsichtiges Verhalten. Falls russische Wissenschaftler vom FSB vorgeladen oder angeklagt werden (was in der Vergangenheit schon mehrmals passiert ist) und es sich herausstellt, dass die Hochschulleitung nicht auf die Befolgung der vom Erlass vorgesehenen Regeln bestanden hat, kann es auch für die Vorgesetzten riskant werden. Es ist also kein Zufall, dass etwa die Föderale Universität Kasan eine interne Verordnung verabschiedete, die den Wortlaut des Erlasses übernimmt, jedoch nicht als Empfehlung, sondern als Anordnung für alle Wissenschaftler der Universität formuliert ist. Die Unsicherheiten, die mit der Anwendung und der Deutung des Erlasses verbunden sind, können dazu führen, dass russische Wissenschaftler und wissenschaftliche Einrichtungen eher das vorsichtige Verhalten wählen, was verheerenden Folgen für die Internationalisierung der russischen Wissenschaft haben könnte.

Man darf diese Tendenzen allerdings nicht vereinfacht als eindeutige Zeichen der Schließung der Wissenschaft in Russland interpretieren. Unterschiedliche Gruppen in den russischen Eliten und in der Bürokratie verfolgen nach wie vor unterschiedliche Ziele. In vielen Fällen kann überhaupt nicht von einer konsistenten Strategie gesprochen werden, sondern lediglich von kurzfristigen Anpassungen des bürokratischen Apparats, die jedoch Konsequenzen für die Wissenschaft haben können. Vorseilender Gehorsam und Missbrauch der neuen Regelungen für persönliche Zwecke sind auch sehr wahrscheinlich. Die Entwicklungen im Jahr 2019 zeigen deutlich, dass die Wissenschaft im russischen autoritären System massiven Risiken ausgesetzt ist – und dass diese Risiken in Zukunft nur zunehmen dürften.

Über den Autor:

Alexander Libman ist Professor für sozialwissenschaftliche Osteuropastudien an der Ludwig-Maximilians-Universität München.

Russland – Europarat 1:0

Von Susan Stewart (Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin)

In diesem Jahr ist Russland in die Parlamentarische Versammlung (PV) des Europarats zurückgekehrt. Die russische Delegation hatte an der Arbeit der PV in den vier Jahren davor nicht teilgenommen. 2014–2015 wurden ihre Stimmrechte suspendiert, weil das Land gegen das Statut des Europarats verstoßen hatte. Danach kam es nicht mehr zu einer Suspendierung, weil die Delegation keine Aufnahme in die sich jedes Jahr neu konstituierende Versammlung beantragt hatte.

Die Entscheidung über die Suspendierung der Stimmrechte war in der Parlamentarischen Versammlung umstritten. Hinzu kam, dass sie Teil eines Streits zwischen der Versammlung und dem Ministerkomitee des Europarats wurde. Hierbei wurde von manchen Personen argumentiert, dass die PV mit der Verhängung von Sanktionen ihre Befugnisse überschritten habe. Diese Frage wurde bis heute nicht abschließend geklärt.

Als Protest gegen die Suspendierung seiner Delegation hat Russland aufgehört, seine Jahresbeiträge zum Budget der Organisation zu zahlen. Nach zwei Jahren solcher Versäumnisse sah sich der Europarat gezwungen, darauf zu reagieren. Im Mai 2019 wurde auf dem Außenministertreffen in Helsinki die Entscheidung getroffen, die Aufhebung der Sanktionen gegen Russland zu befürworten. Im Juni hat die PV diese Entscheidung in einer kontroversen Sitzung bestätigt. So durfte die russische Delegation sich an der bevorstehenden Wahl der neuen Generalsekretärin beteiligen. Seitdem übt sie ihre Rechte in der PV voll aus, obwohl die Verstöße, die zur Suspendierung der Wahlrechte geführt hatten, nicht beseitigt wurden.

Die Argumente derjenigen, die für die Aufhebung der Sanktionen plädierten, beruhten auf unterschiedlichen Aspekten. Erstens wurde behauptet, dass man sonst befürchten müsste, dass Russland den Europarat verlässt. So gingen Möglichkeiten des Dialogs sowie des Monitorings in den Bereichen der Demokratie und der Menschenrechte verloren. Dies würde eventuell eine Verschlechterung der Menschenrechtslage, z. B. die Wiedereinführung der Todesstrafe, nach sich ziehen. Zweitens wurde die große Bedeutung des Zugangs zum Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) für alle russischen Bürgerinnen und Bürger betont.

Die Gegner einer Rückkehr Russlands in die PV wiesen darauf hin, dass eine Aufhebung der Sanktionen ohne jeglichen Schritt der russischen Seite, die Verstöße zu beseitigen, die Glaubwürdigkeit des Europarats schwer beschädigen könnte. Sie würde es der russischen Delegation z. B. ermöglichen, sich wie auch schon vor

2014 mit anderen (Teil-)Delegationen zu verbünden, um die Arbeit des Europarats auf mehrfacher Weise zu behindern und zu unterminieren. So würde die Organisation von innen zunehmend geschwächt werden, zumal sie von etlichen Mitgliedsstaaten weitgehend vernachlässigt wird, was das Engagement und die Ressourcen angeht.

Die Wiederaufnahme der russischen Delegation ist auch im Kontext einer Situation zu sehen, in der Russland bereits seit Jahren seinen Verpflichtungen im Bereich der Menschenrechte nicht nachkommt. In zahlreichen Sphären hat sich die Lage sogar verschlechtert. Was das EGMR betrifft, ist Russland in der Regel zwar bereit, Kompensationen zu zahlen, beseitigt die hinter vielen Klagen stehenden systematischen Probleme aber nicht, so dass immer mehr Fälle mit dem gleichen Sachverhalt das Gericht erreichen.

Seit der Krim-Annexion und dem Beginn des Donbas-Krieges hat sich die Situation noch weiter verschlechtert. Die Menschenrechtslage auf der Krim ist laut den verfügbaren Indizien wesentlich gravierender als vor 2014. Insbesondere diejenigen, die sich kritisch zum russischen Regime äußern, laufen große Gefahr, Repressalien zu erleben. Dies betrifft sehr oft Minderheiten wie die Krimtataren sowie Personen, die sich aktiv weigern, die russische Staatsangehörigkeit anzunehmen. Es war in den letzten Jahren unmöglich, einen Besuch der Menschenrechtskommissarin des Europarats auf der Krim zu organisieren. Die Organisation kann ihren Monitoring-Aufgaben u. a. deswegen nicht nachkommen.

Eine weitere beunruhigende Entwicklung stellte die Verabschiedung eines russischen Gesetzes im Dezember 2015 dar, das es dem Verfassungsgericht ermöglicht, Urteile des EGMR außer Kraft zu setzen, falls festgestellt wird, dass sie gegen die russische Verfassung verstoßen. Dies, obwohl Artikel 15 der russischen Verfassung besagt, dass internationale Abkommen (wie z. B. die Europäische Menschenrechtskonvention) Vorrang vor der russischen Gesetzgebung haben. Dieses Gesetz wird zwar selektiv angewandt, wohl um besonders unliebsame Urteile zu umgehen, aber es könnte im Prinzip jedes Urteil treffen, da die Justiz in Russland nicht unabhängig, sondern de facto der Exekutive untergestellt ist.

Diese Tatsachen verdeutlichen, dass Russland nach wie vor seine Verpflichtungen im Europarat nicht ernst nimmt. Da offensichtlich keine Bedingungen aufgestellt wurden, die Russland erfüllen musste, um die Stimmrechte seiner Delegation in der PV zurückzuerhalten, können offizielle Akteure in Russland die (jetzt

aufgehoben) Sanktionen als einen Fehler darstellen. Hierin werden sie anscheinend von der Venedig-Kommission des Europarats bestärkt, die am 9. Dezember 2019 zum Schluss gekommen ist, dass die Krim-Annektion nicht unbedingt ein ausreichender Grund für die damalige Suspendierung der Stimmrechte darstellt. In dieser Situation kann die Rückkehr der Delegation in die PV als gnädige Handlung geschildert werden, die keiner weiteren Schritte des Entgegenkommens bedarf – außer der Begleichung der fehlenden Mitgliedsbeiträge, die bereits erfolgt ist. Es ist klar, dass mit dieser Haltung Russland alles andere als motiviert sein wird, sein bisheriges Verhalten im Europarat zu ändern. Im Gegenteil wird die russische Delegation sich ermuntert fühlen, so wie bislang zu agieren.

In den kommenden Monaten soll ein Mechanismus ausgearbeitet werden, bei dem die PV, die Generalsekretärin sowie das Ministerkomitee involviert werden, wenn Sanktionen verhängt werden sollen. Hierbei soll allerdings nach bisherigen Absprachen das Ministerkomitee das letzte Wort dabei haben. Dies ist problematisch,

weil das Ministerkomitee in der Vergangenheit keinerlei Sanktionsbereitschaft gezeigt hat, auch bei gravierendem Fehlverhalten. Der zu entwickelnde Mechanismus wird also nicht nur komplexer und damit langwieriger sein als zuvor, sondern auch höchst unwahrscheinlich zu Sanktionen führen. Ein solcher Mechanismus würde nicht nur die Rolle der Parlamentarischen Versammlung schwächen, sondern auch die Glaubwürdigkeit des gesamten Europarats in Frage stellen, weil das Fehlverhalten von Mitgliedsstaaten weitgehend unbegrenzt toleriert wird. Nach der Erfahrung der EU mit den rechtsstaatlichen Defiziten in einigen Mitgliedsstaaten hätte eine Lehre für den Europarat sein müssen, dass es wichtig ist, klare und effektive Sanktionsmechanismen zu kreieren, die ein Signal an andere Staaten senden und somit auch präventiv wirken. Auch wenn der neue Mechanismus noch nicht vollständig ausgearbeitet wurde, erscheint derzeit die Gefahr groß, dass das Standing und der Einfluss des Europarats, mit denen es bereits jetzt nicht zum Besten steht, weiter sinken werden.

Über die Autorin:

Dr. Susan Stewart ist Leiterin (a. i.) der Forschungsgruppe Osteuropa und Eurasien an der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) in Berlin.

Wenig Neues in der Außenpolitik

Von Hans-Joachim Spanger (Leibniz-Institut Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung)

Außenpolitisch war 2019 für Russland ein Jahr der Konsolidierung auf den in den Vorjahren eingeschlagenen Pfaden. Das schloss diplomatischen Aktivismus, namentlich im Nahen Osten, ebenso ein wie die Eindämmung der negativen Begleiterscheinungen in der Konfrontation mit dem Westen. Sind Status und Standing der Maßstab, so hat Russland zweifellos Erfolge aufzuweisen. Hier ragt der Nahe Osten heraus, wo Russland mit den Worten Andrej Kortunows »eine der spektakulärsten außenpolitischen Erfolgsgeschichten« schreiben konnte. Mit einem relativ geringen Einsatz militärischer Mittel und geschickter Diplomatie sei es ihm dort gelungen, von einem »nahezu unsichtbaren marginalen Spieler« zu einem »power broker« aufzusteigen, der zum bevorzugten Gesprächspartner ausnahmslos aller so unterschiedlichen regionalen Akteure avancierte (<https://russiancouncil.ru/en/analytics-and-comments/analytics/the-astana-model-methods-and-ambitions-of-russian-political-action/>).

In die Rubrik des Status fällt auch eine weitere Initiative im Herbst 2019: die »Rückkehr« Russlands nach

Afrika, die es im Oktober mit einer riesigen und exorbitant teuren Veranstaltung in Sotschi eher zelebrierte als tatsächlich auf den Weg brachte. Das ist umso bemerkenswerter, als sich die russische Entwicklungspolitik nach einem temporären Aufbruch in den Jahren 2012 bis 2014 in einem Dämmerzustand befindet. Prominente Investitionsprojekte wie der Bau eines Kernkraftwerks in Südafrika sind im Korruptionssumpf Jacob Zumas versunken, und Russland machte von sich in letzter Zeit vor allem mit seinen Söldnern reden, die sich unter dem sinnigen Label »Wagner« in zum Teil beträchtlicher Zahl in Libyen, Mosambik, Sudan und der Zentralafrikanischen Republik tummeln. Man darf annehmen, dass sich Russland auch in den kommenden Jahren auf diesen Pfaden eines Lückenfüllers bewegen wird. Um die EU oder gar China in Afrika herauszufordern – wie es einigen Geostrategen in Moskau vorschwebt –, fehlen in jeder Hinsicht die Ressourcen.

In der näheren Interessensphäre, dem postsowjetischen Raum, sieht es ebenfalls nicht sehr beeindruckend aus.

ckend aus. Zoll- und steuerrechtliche Dauerstreitigkeiten mit Belarus und der Immobilismus gegenüber der Ukraine signalisieren Lähmung, das Krisenmanagement in Moldau und Russlands Haltung zum Regimewechsel in Armenien eine gewisse Flexibilität. Das von Wladimir Putin seit 2018 favorisierte Projekt einer *Greater Eurasian Partnership*, nicht zuletzt zur multilateralen Einbindung Chinas gedacht, wird zwar breit propagiert, findet aber jenseits der russischen Grenzen kaum ein Echo. Auch die beständige Rede vom Zerfall der »liberalen Weltordnung« kann allenfalls ängstliche Gemüter im Westen beeindrucken und verdankt sich ohnehin nahezu ausschließlich dem aufkeimenden Bipolarismus, den China und die USA prägen.

Auch bei einem anderen brisanten Konflikt im Nahen Osten, der Verteidigung des iranischen Atomabkommens (*Joint Comprehensive Plan of Action, JCPOA*), zeigte die russische Diplomatie weit weniger Kreativität als in Syrien. Als etwa Außenminister Sergej Lawrow beim diesjährigen Waldaj-Treffen in Krasnaja Poljana danach gefragt wurde, was Russland eigentlich zu dessen Rettung unternehme, beschränkte er sich auf die lapidare Feststellung, es »vermiddle« – und widmete sich dann in aller Ausgiebigkeit der vertrauten Klage, was die EU alles nicht unternehme, respektive bewerkstellige. Das allerdings hinderte Russland nicht, Aufnahme bei INSTEX, dem Verrechnungsvehikel Deutschlands, Frankreichs und Großbritanniens im Iran-Handel, zu begehren. Überhaupt erweckt der Außenminister zunehmend den Eindruck, Schwierigkeiten mit dem Plattenwechsel zu haben: In ermüdender Monotonie ertönt bei allen passenden und unpassenden Gelegenheiten dasselbe beleidigt-patriotische Lied. Es mag daher kein Zufall sein und war in jedem Fall treffend, dass Putin ihn vor zwei Jahren in St. Petersburg mit seinem legendären Vorgänger Andrej Gromyko verglich.

Letzteres fällt bereits in die Rubrik Problem- und Konfliktlösung, und hier sind und bleiben die Leistungen, aber auch die Kapazitäten Russlands sehr überschaubar, wirtschaftlich wie politisch. Immerhin lässt sich positiv registrieren, dass die Sanktionswelle der Jahre 2017 und 2018 ein wenig abgeebbt ist. Das verdankt sich allerdings weniger der russischen Politik als

der Tatsache, dass eine weitere Verschärfung unkalkulierbare Kollateralschäden provozieren würde, auch unter den Verbündeten der USA. So liegen Gesetzesinitiativen, die auf künftige Wahleinmischungen Russlands zielen oder auf Nord Stream 2, seit bald einem Jahr im US-Kongress auf Eis, und auch die Trump-Administration zeigt sich bei der Umsetzung des bestehenden Sanktionsregimes sehr zurückhaltend. Von einer Entspannung der Beziehungen zu den USA kann indes keine Rede sein, allenfalls von einer Stabilisierung auf niedrigstem Niveau.

In Europa macht sich dagegen eine gewisse Ermüdung breit, nachdem EU-Mitglieder wie Ungarn, Griechenland und Italien ihr Unbehagen über die Sanktionspolitik schon länger artikuliert hatten. Während sich die deutsche Politik in ihrer seit geraumer Zeit anhaltenden Flickschusterei darin gefällt, die EU bei der halbjährlichen Fortschreibung der Krim- und Donbas-Sanktionen zusammenzuhalten, hat der französische Präsident im Sommer die Initiative zu einer neuerlichen Annäherung an Russland ergriffen. Dem liegen grundlegende geostrategische Überlegungen zugrunde, wie etwa Russland nicht alternativlos in die Arme Chinas zu treiben. Doch zielt die Initiative Emmanuel Macrons auch auf die Verbesserung des Klimas in Europa, namentlich durch die Lösung des Ukraine-Konflikts. Immerhin ist es ihm gelungen, nach dreijähriger Pause zum 9. Dezember die mehrfach avisierte Einberufung eines Gipfeltreffens im »Normandie-Format« durchzusetzen. Auch hier war in der Vergangenheit Deutschland die treibende Kraft und Paris bestenfalls im Beiboot unterwegs, heute indes ist es umgekehrt. Und auch hier kann der russischen Diplomatie allenfalls zugutegehalten werden, solche Initiativen nicht von vornherein zu blockieren und durch militärische Entflechtung an der Front zum Donbas und dem Gefangenenaustausch mit der Ukraine Kooperationsbereitschaft zu signalisieren.

Zusammengefasst: Russland agiert unverändert – und mit Vorliebe in den Weichzonen westlicher Präsenz – auf der Weltbühne, wo es sich um seinen internationalen Status sorgt. Sein Beitrag zur kollektiven Lösung der Probleme namentlich auf dem europäischen Kontinent bleibt hingegen überschaubar.

Über den Autor:

Hans-Joachim Spanger ist assoziiertes Mitglied des Leibniz-Instituts Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK), Regionalkoordinator für das Postsovjetsche Eurasien des Bertelsmann Transformation Index und Gastprofessor an der Nationalen Forschungsuniversität »Hochschule für Ökonomie« (HSE) in Moskau.

Nord Stream 2: (Wie) weiter?

Von Julia Kuszniir (Jacobs University Bremen)

2015 hat das russische staatliche Energieunternehmen Gazprom ein Abkommen über den Bau der Nord Stream 2 (NS2) Pipeline mit mehreren westlichen Energieunternehmen unterzeichnet. Die Baukosten der NS2-Pipeline belaufen sich auf 9,5 Milliarden Euro. Die Hälfte der Kosten wird von Gazprom und die andere Hälfte von den am Projekt beteiligten europäischen Energiekonzernen wie etwa Royal Dutch Shell, OMV (Österreich), Engie (Frankreich), Uniper und Wintershall (Deutschland) übernommen.

Die NS2-Pipeline wird jährlich 55 Milliarden Kubikmeter Gas von Russland durch die Ostsee nach Deutschland transportieren. Sie wird die seit 2011 in Betrieb befindliche Nord Stream-Pipeline ergänzen, ihre Kapazität verdoppeln und dadurch zusätzliche Lieferkapazitäten für russische Erdgaslieferungen nach Europa bieten. Gazprom ist der Eigentümer der gesamten NS2-Pipeline, und die Nord Stream 2 AG (NS2 AG), eine Tochtergesellschaft von Gazprom, ist der Pipelinebetreiber. Laut NS2 AG sind am Bau mehr als 200 Unternehmen aus 17 Ländern weltweit beteiligt. Bislang sind mehr als 2.100 Kilometer des Doppelstrangs bereits verlegt. Laut Einschätzungen der Fachleute sollen die restlichen 300 Kilometer in sechs bis acht Wochen fertiggestellt werden. Die NS2-Pipeline wird es Gazprom so ermöglichen, den gesamten europäischen Energiemarkt als einzelner Lieferant mit Gas zu versorgen, wodurch die Transitländer Ukraine, Belarus, Polen und die Slowakei von den Lieferungen ausgeschlossen werden.

Das NS2-Projekt war von Anfang an sehr umstritten. Es spaltet die Europäische Union und überschattet die Beziehungen zwischen den USA und Europa. Wie bereits bei der Realisierung der Nord Stream-Pipeline kritisieren die Europäische Kommission und die osteuropäischen EU-Mitgliedsländer das Projekt scharf und argumentieren, dass NS2 eine Bedrohung für die Energiesicherheit der EU und die politische Sicherheit der EU-Mitgliedstaaten darstelle und die Bildung der Europäischen Energieunion untergrabe. Darüber hinaus, so die Argumentation, könnte sie zur weiteren wirtschaftlichen Destabilisierung der Ukraine beitragen. Die Ukraine würde etwa zwei Milliarden US-Dollar an Transitgebühren verlieren, wenn die NS2-Pipeline die Transitleitung durch das ukrainische Territorium ersetzen würde, die Gazprom jetzt für seine Lieferungen nach Europa nutzt. Es wurden schon unterschiedliche Gegenmaßnahmen gegen die NS2-Pipeline eingeleitet, die das Vorantreiben des Projektes erheblich erschwert haben.

So stellen das sogenannte »Dritte Energiepaket« der EU und insbesondere die im April 2019 geänderte Gasrichtlinie Gazprom vor die Notwendigkeit, sein Agieren auf dem europäischen Gasmarkt grundlegend zu ändern. Das betrifft vor allem die NS2-Pipeline. Denn zu den wichtigsten EU-Vorgaben zählen die eigentumsrechtliche Entflechtung und der Zugang für Dritte zu der Pipeline. Gegenwärtig erfüllt die NS2-Pipeline diese zwei Anforderungen nicht. Gazprom wehrt sich dagegen, weil diese Entflechtung die Rentabilität des Milliardenprojekts erheblich belasten würde. Daher versucht das Unternehmen, diese Regeln umzugehen. Dies geschieht mit der Unterstützung der deutschen Regierung, die aktuell versucht, die Übertragung der EU-Vorschriften in nationales Recht aufzuweichen. Das Genehmigungsverfahren in Europa ist noch nicht abgeschlossen. Es wird weiterhin verhandelt. Experten schließen einen Rechtsstreit mit der EU-Kommission diesbezüglich nicht aus. In diesem Rahmen könnten auch die Gegner der Pipeline, einschließlich der baltischen Staaten und Polen, zu Wort kommen, was das Verfahren kompliziert und schwer vorhersehbar machen könnte. Außerdem drohen dem Projekt kurz vor seinem Abschluss Sanktionen durch die USA. Die Abgeordneten des amerikanischen Repräsentantenhauses haben am 11. Dezember 2019 für das Gesetzespaket zum Verteidigungshaushalt (NDAA) gestimmt, in das auch das Sanktionsgesetz gegen die NS2-Pipeline eingefügt wurde. Das Sanktionsgesetz sieht gezielte Sanktionen gegen Unternehmen vor, die an der Pipelineverlegung beteiligt sind. Laut Medienberichten müsste das Sanktionsgesetz vor der Weihnachtspause verabschiedet und von Präsident Donald Trump unterzeichnet werden. Wenn eingeführt, werden die US-Sanktionen zwar nicht mehr das Projekt stoppen können, Verzögerungen bei der Fertigstellung sind aber gut möglich. Die genauen Auswirkungen der Sanktionen sind zurzeit noch nicht abschätzbar.

Nach einem Urteil des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) im September 2019 darf Gazprom nicht mehr die Kapazitäten der OPAL-Gaspipeline, die russisches Gas durch Deutschland nach Tschechien transportiert, überwiegend benutzen. Die EuGH-Entscheidung beschränkte außerdem Gazproms Gaslieferungen über die OPAL-Pipeline auf maximal die Hälfte der Pipelinekapazitäten. Der Kapazitätsverlust wird aktuell durch den Transit über ukrainische Pipelines kompensiert. Gegenwärtig verhandeln Russland und die Ukraine mit der Unterstützung der Europäischen Kommission über einen neuen Gastransitvertrag. Die Europäische

Kommission übt dabei Druck auf Moskau aus und versucht, der Ukraine den Transport des russischen Gases durch die Ukraine vertraglich zu garantieren. Zu welchem Ergebnis die Verhandlungen führen werden, lässt sich zum aktuellen Zeitpunkt noch nicht konkret sagen.

Gazprom zieht mögliche Einschränkungen für die NS2-Pipeline in Betracht und entwickelt unter anderem alternative Routen nach Westeuropa. Eine neue Exportgasleitung »TurkStream 2« mit einer Kapazität von 32 Milliarden Kubikmetern ist bereits geplant. Sie könnte Westeuropa über Bulgarien, Serbien und Ungarn oder über Griechenland und Italien erreichen, um die Ukraine als Transitland zu umgehen.

Allerdings ist fraglich, ob Russland seine Gasexportstrategie, wie geplant, erfolgreich umsetzen wird. Eine große Rolle spielt dabei auch die europäische Diversifizierungs- und Dekarbonisierungspolitik. Die EU hat diesbezüglich eine Reihe von Vorschriften umgesetzt, die unter anderem neuen Gaslieferanten den Zugang zum europäischen Markt garantieren. In den

kommenden Jahren plant sie, ihre derzeitigen Flüssigerdgas-Reserven zu erweitern und neue Flüssigerdgas-Kapazitäten aufzubauen. So könnte der Markteintritt von Flüssigerdgas-Anbietern die zukünftige Position von Gazprom auf dem EU-Markt schwächen. Derzeit sichern die Lieferverträge zwischen Gazprom und den EU-Mitgliedstaaten die Position von Gazprom als wichtigster europäischer Gaslieferant. Es ist jedoch ungewiss, ob diese Lieferverträge nach ihrem Ablauf verlängert werden und, wenn ja, ob die Vertragsbedingungen und die Menge des exportierten Gases auch den Erwartungen von Gazprom entsprechen oder zu seinen Gunsten ausfallen. Weitere Faktoren sind die weltweiten Öl- und Gaspreise, die geopolitischen und wirtschaftlichen Entwicklungen in den betroffenen Ländern und Regionen sowie die Bereitschaft der am Projekt beteiligten Länder, den russischen Interessen nachzukommen. Die gegenseitige Abhängigkeit Russlands und der EU in Energiefragen wird kurz- und mittelfristig bestehen bleiben.

Über die Autorin:

Dr. Julia Kusznir arbeitet als Postdoctoral Fellow bei Bremen Energy Research an der Jacobs University Bremen. In ihrer Forschung beschäftigt sie sich unter anderem mit nationaler und europäischer Energiepolitik mit den Schwerpunkten Gas, erneuerbare Energien und Elektrizität, Energiesicherheit und ihre Auswirkungen auf die europäische Politik sowie Energiepolitik in Mittel- und Osteuropa.

Zukunft?

Von Jens Siebert (Moskau)

Lew Gudkow, Direktor des Lewada-Zentrums, hat Russland vor einiger Zeit einmal ein »Land ohne Zukunft« genannt. Gemeint war das Fehlen fast jeglicher positiver Vorstellung von der Zukunft des Landes, sowohl bei der Bevölkerung als auch, und das ist wichtiger, im Kreml. Das, so Gudkow, sei die Folge der doppelten Enttäuschung erst durch den real existierenden Sozialismus und dann den real existierenden Kapitalismus postsowjetischer Prägung. Alles Hoffen und Sehnen scheint nun darauf ausgerichtet, dass es nicht wieder schlimmer kommt als es ist. Wie ein politisches Regime auch »ohne Zukunft« überleben kann, hat Putin in den vergangenen Jahren gezeigt. Ob das auch weiter so gelingt, ist die große Frage.

Auf den ersten Blick war 2019 für Russland ein Jahr wie viele andere. Putin bleibt Präsident, international überaus erfolgreich, im Land unangefochten, wenn auch mit weit weniger Glanz, sinkender Zustimmung und ab und an ein paar Protesten. Ein zweiter Blick zeigt ein

Land in Erwartung. Die magische Zahl ist 2024. Dann endet Putins jetzige Amtszeit und irgendetwas muss sich dann ändern. Laut Verfassung darf er nicht noch einmal kandidieren. Im Kreml und im Land werden dazu verschiedene Szenarien diskutiert (die einen diskutieren, wie sie es machen wollen, die anderen, worauf sie sich einzustellen haben), denen allen eines gemein ist: Putin bleibt an der Macht.

Die Frage ist nur wie: Der Kreml kann die Verfassung ändern lassen; Putin könnte Präsident eines neuen Gemeinschaftsstaates von Russland und Belarus werden; für Putin könnte, wie unlängst für Nasarbajew in Kasachstan, ein neuer höchster Posten geschaffen werden, um unter ihm jemand anderen Präsident werden zu lassen; selbst eine Wiederholung des Putin-Medwedew-Manövers von 2008–2012 ist nicht völlig ausgeschlossen. Kaum jemand bezweifelt, dass die Entscheidung ausschließlich in Putins Hand liegt. Er hat das Land in eine Art Schlummerzustand versetzt: Kaum

noch jemand hofft, dass es unter Putin erneut wieder besser werden könnte. Gleichzeitig glaubt aber auch kaum jemand, dass es eine Alternative gibt. Russland hat die Hoffnung verloren. Sie ist, als letztes zwar, aber eben doch gestorben. Das *System Putin* ist erneut in die Krise geraten.

Wie ernst diese Krise werden wird, ist vorerst nur zu erahnen. Doch es gibt ein paar Anzeichen dafür, dass sie sehr ernst werden könnte. Das hat, neben dem *Problem 2024* in erster Linie etwas mit veränderten ökonomischen und politischen Rahmenbedingungen zu tun. Grob gesagt lässt sich die *Ära Putin* in vier Etappen einteilen: In den 2000er Jahren wuchs das Vertrauen in Putin auf die seither gewohnten 70- bis 80-Prozent-Höhen. Gleichzeitig wuchsen Wirtschaft und Realeinkommen. Ab etwa 2008 begann dann das Vertrauen zu sinken (vor allem als Folge der Finanzkrise), die Einkommen jedoch wuchsen (vorerst) weiter. 2014 gelang es Putin, das Blatt zu wenden. Mit der Annexion der Krim wuchs die Zustimmung zu ihm in ungeahnte Höhen, aber gleichzeitig begann die Wirtschaft zu schrumpfen und die (Real-)Einkommen begannen zu sinken. Seit 2018 scheint dieser sogenannte Krim-Effekt aufgebraucht und erstmals unter Putin nehmen gleichzeitig die Einkommen und das Vertrauen in den Präsidenten stetig ab. Diese doppelt negative Tendenz ist etwas Neues.

Die kommenden, wohl eher unruhigeren Zeiten zeichnen sich schon seit einiger Zeit ab. Im Frühjahr 2017 veröffentlichte der Oppositionelle Alexej Nawalnyj auf Youtube einen Film mit dem Titel »Er ist für Euch kein Dimon« (https://www.youtube.com/watch?v=qrwk7_GF9g) über den von Ministerpräsident Dmitrij Medwedew zusammengerafften Reichtum. Dieses Video wurde binnen weniger Wochen mehr als 10 Millionen Mal aufgerufen. Inzwischen (Stand 6.12.2019) steht der Zähler bei knapp 33 Millionen. Kurz nach der Veröffentlichung rief Nawalnyj zu Protesten im ganzen Land auf. In Moskau und St. Petersburg wurden zusammen mehr als 1.500 Demonstrant/innen festgenommen. Auffallend und neu war (für alle, aber besonders für den Kreml), wie viele junge Menschen unter den Protestierenden waren.

Im Winter 2018 konnte Nawalnyj den Mobilisierungserfolg vom Frühjahr 2017 wiederholen. In fast 120 russischen Städten folgten Menschen erneut seinem Aufruf, gegen die überbordende Korruption auf die Straße zu gehen. Diesmal waren schon nicht mehr die jungen Protestierenden die wichtigste Neuigkeit, sondern die große geographische Ausbreitung. Erstmals im post-sowjetischen Russland demonstrierten bei einer landesweiten Aktion im Verhältnis zur Einwohnerzahl mehr Menschen in vielen Provinzhauptstädten als in Moskau.

2018 war auch das Jahr des Beginns der Anti-Müllproteste. Sie begannen in Wolokolamsk, einer kleinen Stadt 100 Kilometer westlich von Moskau, wo Ausdünstungen einer Müllkippe dazu führten, dass Dutzende Kinder einer nahen Schule ins Krankenhaus eingeliefert wurden. Die Müllproteste weiteten sich schnell auf andere Müllstandorte im Moskauer Umland aus, die unter der Last (und vor allem unter dem Geruch) des Mülls der 15-Millionenmetropole leiden. Eine als Reaktion auf diese Proteste von der Regierung angestoßene Müllreform ist gerade dabei, wieder zu versanden. Die (eher kurzfristige) Lösung, den Moskauer Müll weit weg in dünner besiedelte Gebiete zu schaffen, trifft dort auf oft erbitterten Widerstand. Am bekanntesten ist der Protest in Schijes, einem kleinen Ort rund 1.000 Kilometer nordöstlich von Moskau im Gebiet Archangelsk. Dort haben Anwohner eine Art Hüttendorf nach Art der »Freien Republik Wendland« errichtet und erfahren enorme regionale Solidarität, sogar von Polizisten, Feuerwehrleuten und Hubschrauberpiloten. Geht es doch (zumindest auch) gegen die aus ihrer Sicht *fetten, reichen* und *arroganten* Moskauer, die nun in der Provinz ihren Unrat abladen wollen.

Letzter Höhepunkt waren die Proteste gegen die Nichtzulassung unabhängiger Kandidat/innen zur Moskauer Stadtparlamentswahl im Sommer. Die Reaktion des Staates ist überall gleich: repressiv. Nawalnyjs Regionalbüros wurden in über 40 Städten durchsucht, die Konten seiner »Stiftung zur Bekämpfung der Korruption« (*Fond borby s korrupzijej*, FBK) gesperrt. An den Müllstandorten wird in Nacht- und Nebelaktionen unter großem Polizeiaufgebot versucht, den Bau durchzusetzen. Von den Protestierenden im Sommer wurde inzwischen etwa ein Dutzend zu Freiheitsstrafen (manche zur Bewährung ausgesetzt) oder hohen Geldstrafen verurteilt. »Memorial« und andere unabhängige Organisationen (von denen fast alle »ausländische Agenten« sind, fast schon ein staatliches Gütesiegel) werden mit Strafbefehlen überzogen, weil sie sich angeblich nicht ausreichend als »ausländische Agenten« kennzeichnen, wie es das Gesetz vorsieht.

Insgesamt bleibt der Eindruck, dass das Sichtfeld vor den nächsten Dumawahlen im September 2021 frei geräumt werden soll. Diese Wahlen werden von vielen als (Realitäts-)Test für die Präsidentenwahlen 2024 angesehen. Die Frage ist wohl (auch), wie gut sich das Land noch politisch kontrollieren lässt, damit die »gewünschten« Wahlergebnisse herauskommen. Offenbar gibt es im Kreml die Sorge, dass das nicht mehr ausreichend geschieht, und man stellt dort wohl auch deshalb schon seit einiger Zeit von überwiegend politischer Manipulation auf überwiegend politische Kontrolle und politische Repression um. Das System Putin ist endgültig

tig in seiner bürokratisch-repressiven Phase angekommen. Das ist kurzfristig gesehen eine schlechte Nachricht für alle, die sich in Russland das Recht auf Selbststän-

digkeit herausnehmen. Längerfristig gibt es aber Anlass zu vorsichtiger Hoffnung.

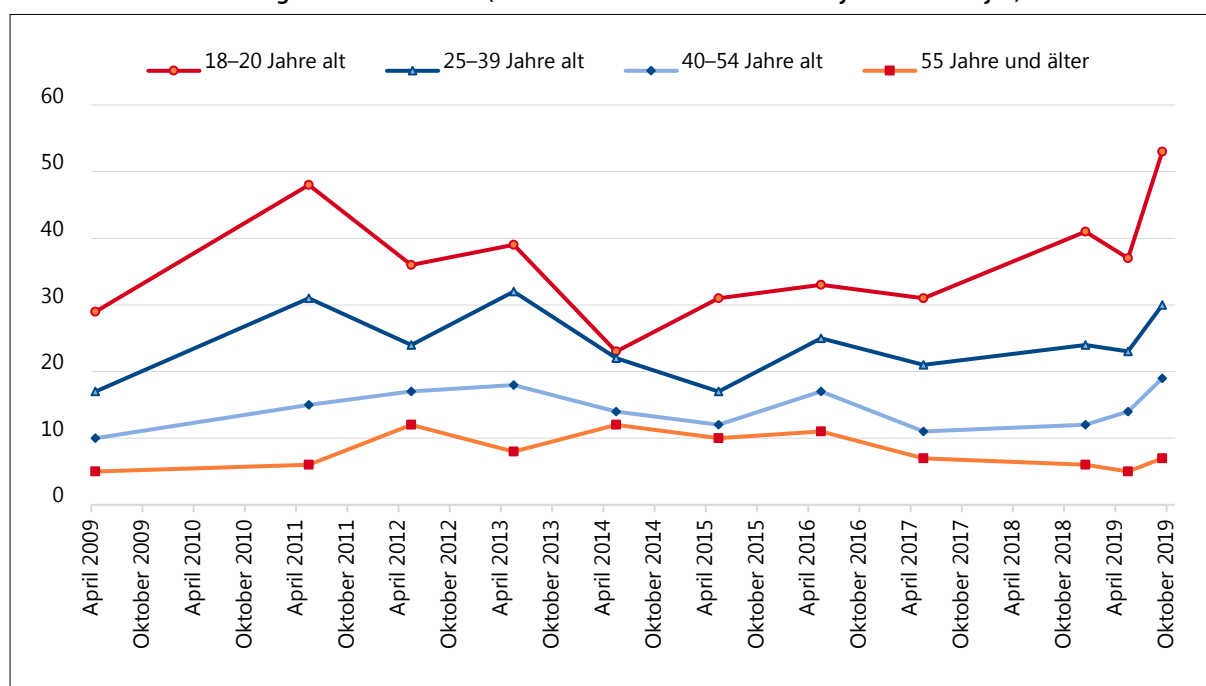
Über den Autor:

Jens Siegert lebt seit 1993 in Moskau. Er war Korrespondent, hat mehr als 15 Jahre das Moskauer Büro der Heinrich-Böll-Stiftung geleitet und bemüht sich seit einigen Jahren, im Auftrag der EU Public Diplomacy in und mit Russland zu fördern.

UMFRAGE

Auswanderungswunsch

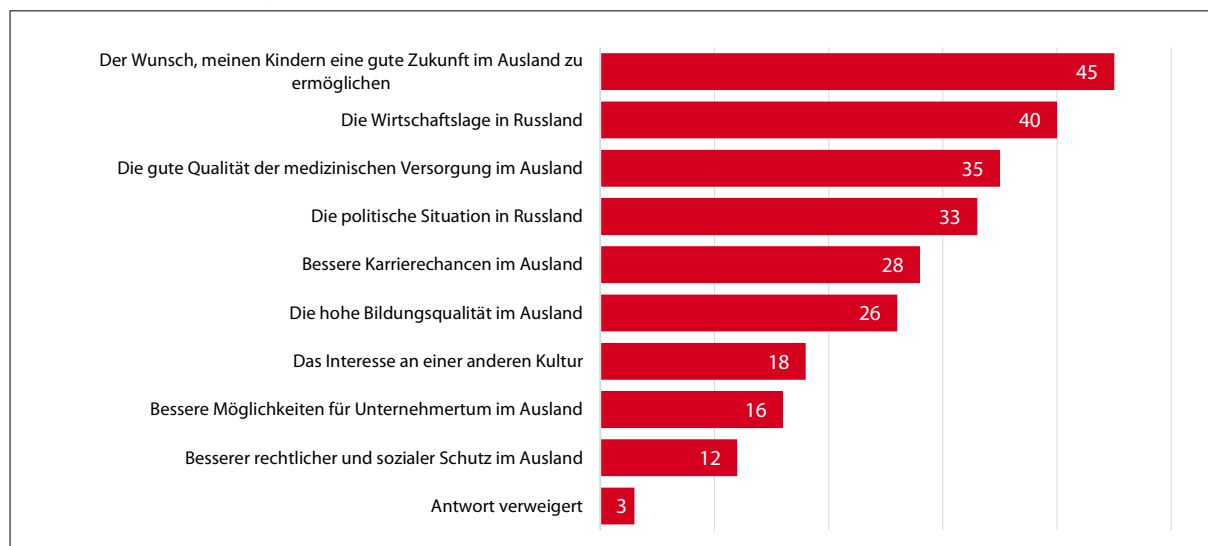
Grafik 1: Auswanderungswunsch, 2009–2019 (%)
Würden Sie gerne auswandern? (Summe der Antworten »definitiv ja« und »eher ja«)



	April 2009	Mai 2011	Mai 2012	Mai 2013	Mai 2014	Mai 2015	Mai 2016	Mai 2017	Dezember 2018	Mai 2019	September 2019
18–20 Jahre alt	29	48	36	39	23	31	33	31	41	37	53
25–39 Jahre alt	17	31	24	32	22	17	25	21	24	23	30
40–54 Jahre alt	10	15	17	18	14	12	17	11	12	14	19
55 Jahre und älter	5	6	12	8	12	10	11	7	6	5	7

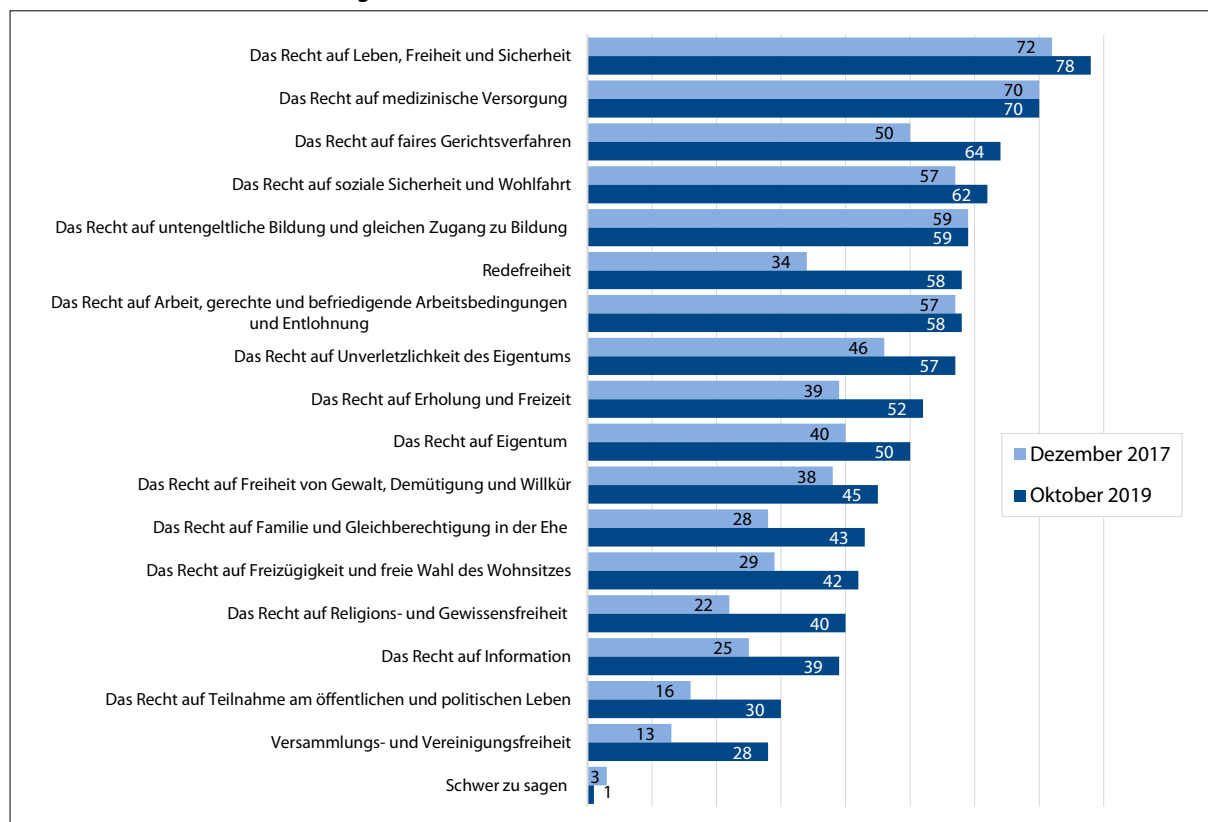
Quelle: Repräsentative Umfrage des Lewada-Zentrums vom 26. September – 2. Oktober 2019, veröffentlicht am 26. November 2019, <https://www.levada.ru/2019/11/26/emigratsionnye-nastroeniya-4/>

Grafik 2: Was bringt Sie in erster Linie dazu, über eine mögliche Auswanderung nachzudenken? (September 2019, % derjenigen, die auswandern wollen, N=337)



Quelle: Repräsentative Umfrage des Lewada-Zentrums vom 26. September – 2. Oktober 2019, veröffentlicht am 26. November 2019, <https://www.levada.ru/2019/11/26/emigratsionnye-nastroeniya-4/>

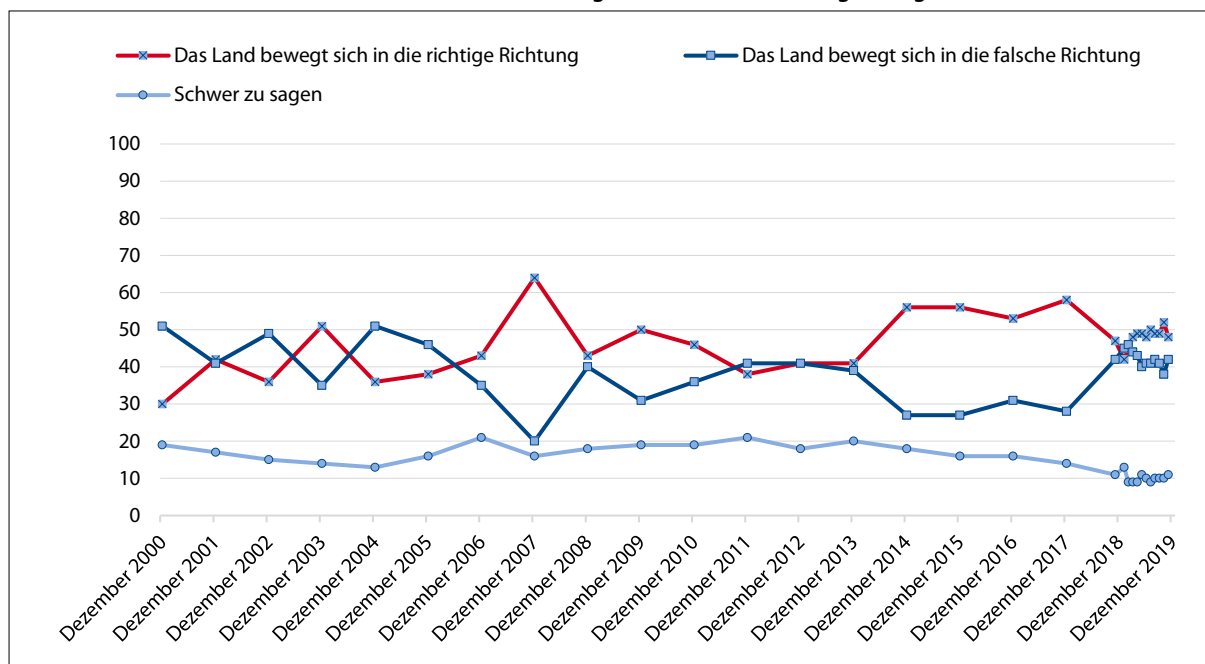
Grafik 3: Menschenrechte (2017, 2019)
Welche Menschenrechte sind Ihrer Meinung nach die wichtigsten? (mehrere Antworten möglich, sortiert nach den Ergebnissen vom Oktober 2019, %)



Quelle: Repräsentative Umfrage des Lewada-Zentrums vom 24.–30. Oktober 2019, veröffentlicht am 20. November 2019, <https://www.levada.ru/2019/11/20/prava-cheloveka/>

Aktuelle Zustimmungswerte

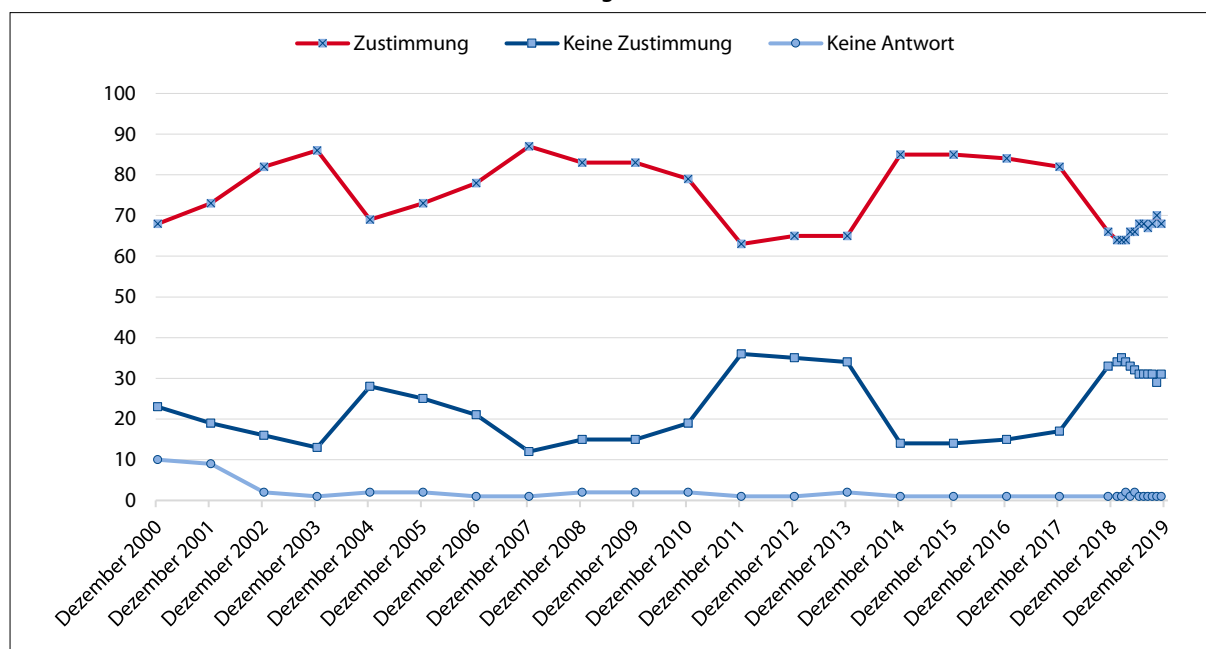
Grafik 1: Die Entwicklung des Landes, 2000–2019 (%)
Denken Sie, dass sich das Land in die richtige oder falsche Richtung bewegt?



	Das Land bewegt sich in die richtige Richtung	Das Land bewegt sich in die falsche Richtung	Schwer zu sagen
Dezember 2000	30	51	19
Dezember 2001	42	41	17
Dezember 2002	36	49	15
Dezember 2003	51	35	14
Dezember 2004	36	51	13
Dezember 2005	38	46	16
Dezember 2006	43	35	21
Dezember 2007	64	20	16
Dezember 2008	43	40	18
Dezember 2009	50	31	19
Dezember 2010	46	36	19
Dezember 2011	38	41	21
Dezember 2012	41	41	18
Dezember 2013	41	39	20
Dezember 2014	56	27	18
Dezember 2015	56	27	16
Dezember 2016	53	31	16
Dezember 2017	58	28	14
November 2018	47	42	11
Januar 2019	42	45	13
Februar 2019	45	46	9
März 2019	48	44	9
April 2019	49	43	9
Mai 2019	49	40	11
Juni 2019	48	41	10
Juli 2019	50	41	9
August 2019	49	42	10
September 2019	49	41	10
Oktober 2019	52	38	10
November 2019	48	42	11

Quelle: Repräsentative Umfrage des Lewada-Zentrums vom 21.–27. November 2019, veröffentlicht am 28. November 2019, <https://www.levada.ru/2019/11/28/odobrenie-institutov-vlasti-19/>

Grafik 2: Zustimmungswerte von Präsident Wladimir Putin, 2000–2019 (%)
Stimmen Sie Wladimir Putins Amtshandlungen als Präsident zu?*

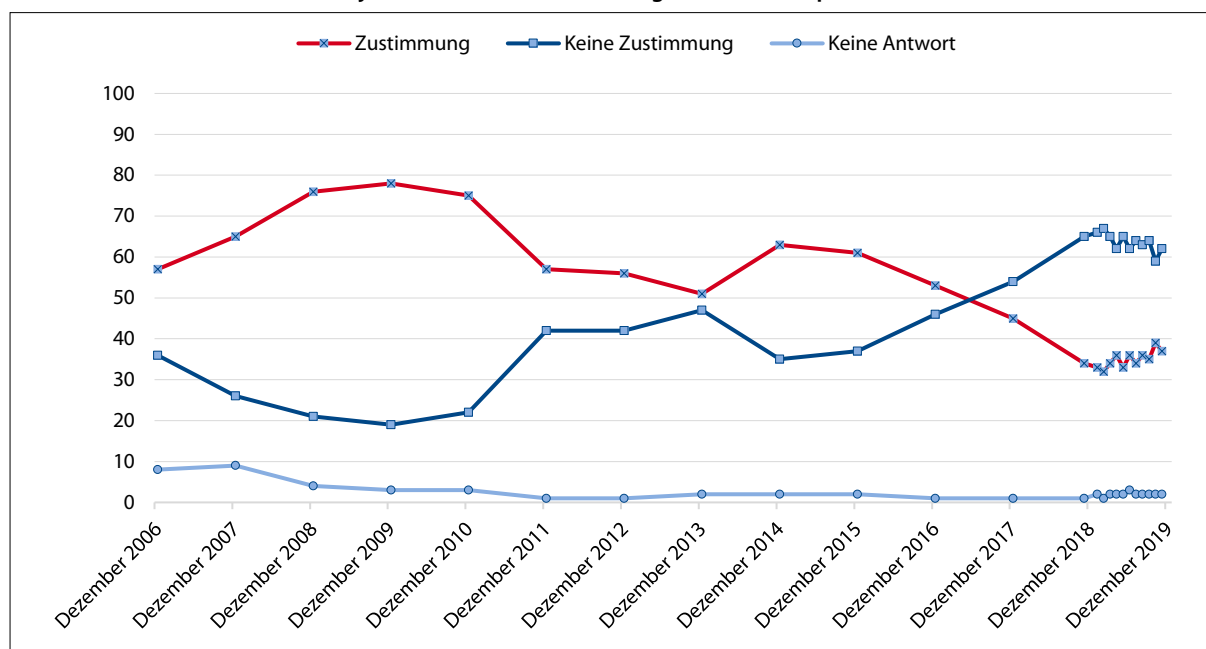


	Zustimmung	Keine Zustimmung	Keine Antwort
Dezember 2000	68	23	10
Dezember 2001	73	19	9
Dezember 2002	82	16	2
Dezember 2003	86	13	1
Dezember 2004	69	28	2
Dezember 2005	73	25	2
Dezember 2006	78	21	1
Dezember 2007	87	12	1
Dezember 2008	83	15	2
Dezember 2009	83	15	2
Dezember 2010	79	19	2
Dezember 2011	63	36	1
Dezember 2012	65	35	1
Dezember 2013	65	34	2
Dezember 2014	85	14	1
Dezember 2015	85	14	1
Dezember 2016	84	15	1
Dezember 2017	82	17	1
November 2018	66	33	1
Januar 2019	64	34	1
Februar 2019	64	35	1
März 2019	64	34	2
April 2019	66	33	1
Mai 2019	66	32	2
Juni 2019	68	31	1
Juli 2019	68	31	1
August 2019	67	31	1
September 2019	68	31	1
Oktober 2019	70	29	1
November 2019	68	31	1

Anmerkung: * 2008–2011 lautete die Frage: »Stimmen Sie Wladimir Putins Amtshandlungen als Ministerpräsident zu?«

Quelle: Repräsentative Umfrage des Lewada-Zentrums vom 21.–27. November 2019, veröffentlicht am 28. November 2019, <https://www.levada.ru/2019/11/28/odobrenie-institutov-vlasti-19/>

Grafik 3: Zustimmungswerte von Ministerpräsident Dmitrij Medwedew, 2006–2019 (%)
Stimmen Sie Dimitrij Medwedews Amtshandlungen als Ministerpräsident zu?*

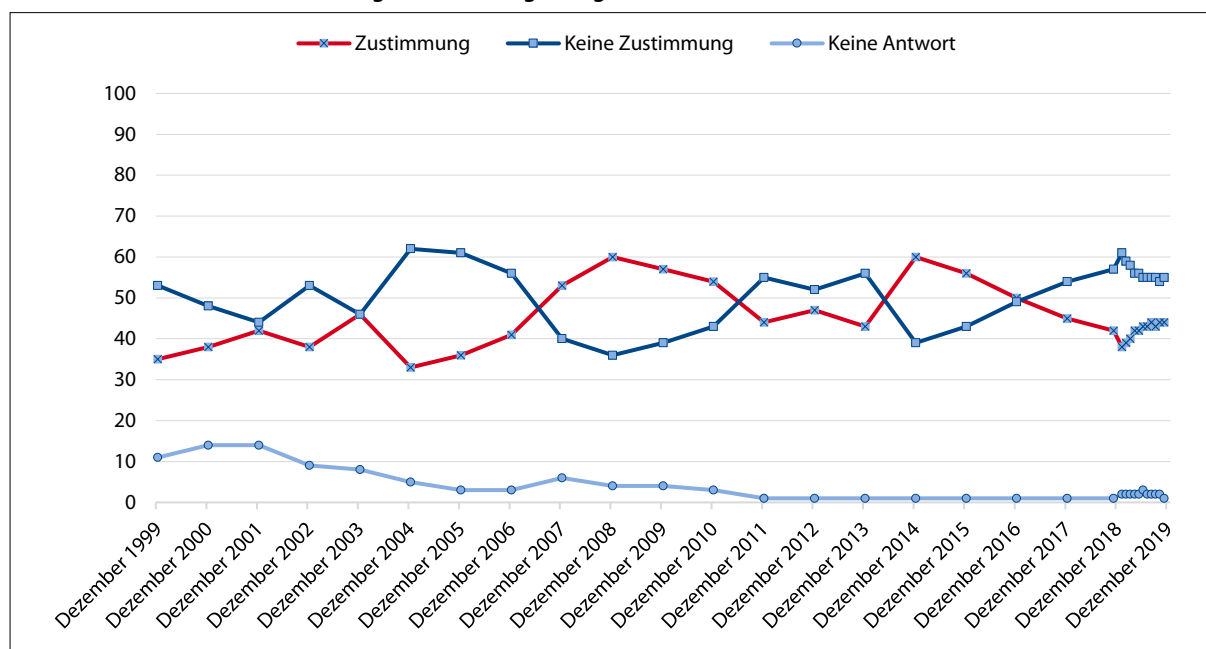


	Zustimmung	Keine Zustimmung	Keine Antwort
Dezember 2006	57	36	8
Dezember 2007	65	26	9
Dezember 2008	76	21	4
Dezember 2009	78	19	3
Dezember 2010	75	22	3
Dezember 2011	57	42	1
Dezember 2012	56	42	1
Dezember 2013	51	47	2
Dezember 2014	63	35	2
Dezember 2015	61	37	2
Dezember 2016	53	46	1
Dezember 2017	45	54	1
November 2018	34	65	1
Januar 2019	33	66	2
Februar 2019	32	67	1
März 2019	34	65	2
April 2019	36	62	2
Mai 2019	33	65	2
Juni 2019	36	62	3
Juli 2019	34	64	2
August 2019	36	63	2
September 2019	35	64	2
Oktober 2019	39	59	2
November 2019	37	62	2

Anmerkung: * 2006–2007 lautete die Frage: »Stimmen Sie Dmitrij Medwedews Amtshandlungen als Erster Stellvertretender Ministerpräsident zu?«; 2008–2011 lautete die Frage: »Stimmen Sie Dmitrij Medwedews Amtshandlungen als Präsident zu?«

Quelle: Repräsentative Umfrage des Lewada-Zentrums vom 21.–27. November 2019, veröffentlicht am 28. November 2019, <https://www.levada.ru/2019/11/28/odobrenie-institutov-vlasti-19/>

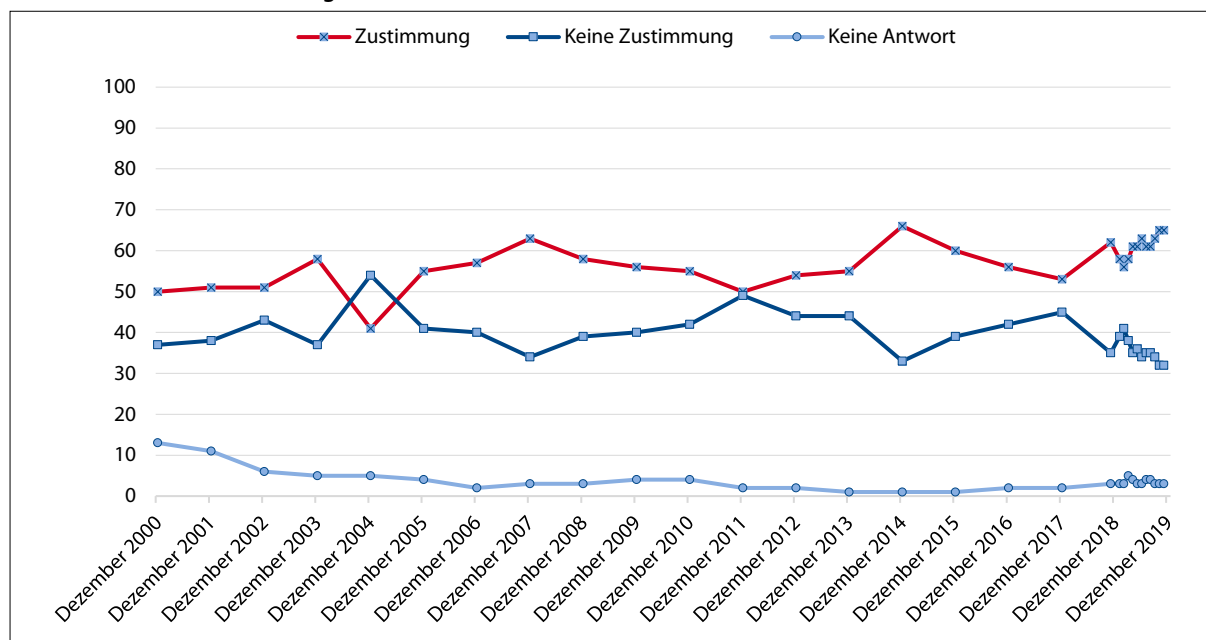
Grafik 4: Zustimmungswerte der russischen Regierung, 1999–2019 (%)
Stimmen Sie den Tätigkeiten der Regierung zu?



	Zustimmung	Keine Zustimmung	Keine Antwort
Dezember 1999	35	53	11
Dezember 2000	38	48	14
Dezember 2001	42	44	14
Dezember 2002	38	53	9
Dezember 2003	46	46	8
Dezember 2004	33	62	5
Dezember 2005	36	61	3
Dezember 2006	41	56	3
Dezember 2007	53	40	6
Dezember 2008	60	36	4
Dezember 2009	57	39	4
Dezember 2010	54	43	3
Dezember 2011	44	55	1
Dezember 2012	47	52	1
Dezember 2013	43	56	1
Dezember 2014	60	39	1
Dezember 2015	56	43	1
Dezember 2016	50	49	1
Dezember 2017	45	54	1
November 2018	42	57	1
Januar 2019	38	61	2
Februar 2019	39	59	2
März 2019	40	58	2
April 2019	42	56	2
Mai 2019	42	56	2
Juni 2019	43	55	3
Juli 2019	43	55	2
August 2019	44	55	2
September 2019	43	55	2
Oktober 2019	44	54	2
November 2019	44	55	1

Quelle: Repräsentative Umfrage des Lewada-Zentrums vom 21.–27. November 2019, veröffentlicht am 28. November 2019, <https://www.levada.ru/2019/11/28/odobrenie-institutov-vlasti-19/>

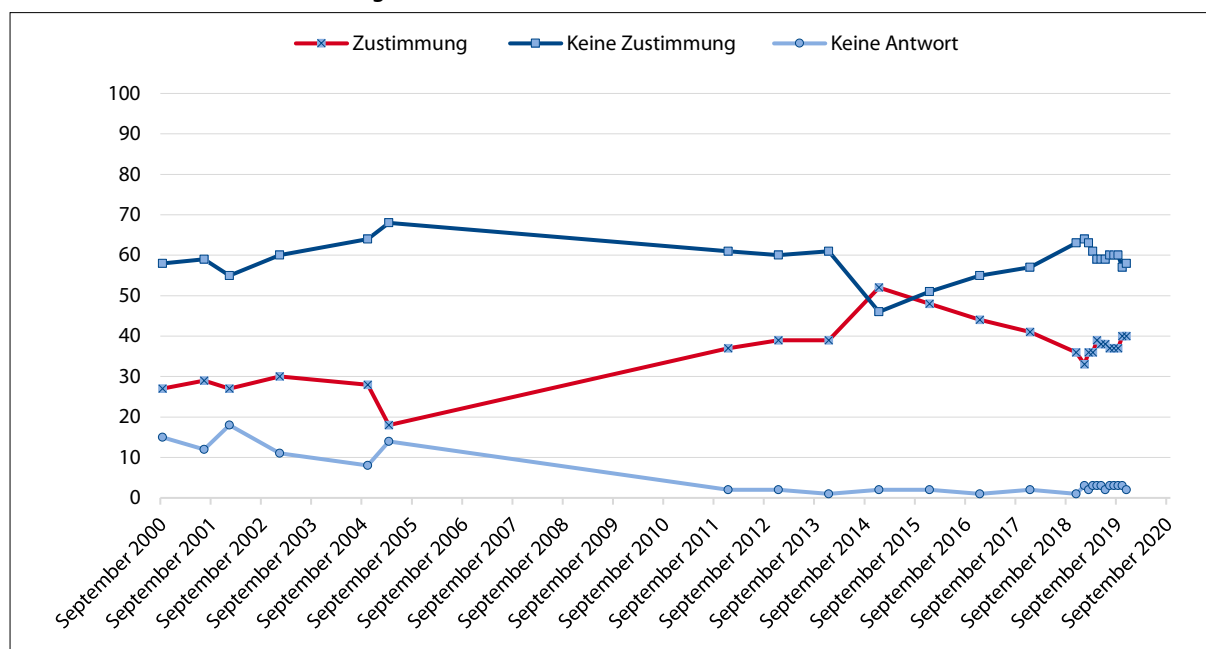
Grafik 5: Zustimmungswerte der Gouverneure, 2000–2019 (%)
Stimmen Sie den Amtshandlungen des Gouverneurs Ihrer Region/ des Präsidenten Ihrer Republik/ in
Moskau: des Bürgermeisters von Moskau zu?



	Zustimmung	Keine Zustimmung	Keine Antwort
Dezember 2000	50	37	13
Dezember 2001	51	38	11
Dezember 2002	51	43	6
Dezember 2003	58	37	5
Dezember 2004	41	54	5
Dezember 2005	55	41	4
Dezember 2006	57	40	2
Dezember 2007	63	34	3
Dezember 2008	58	39	3
Dezember 2009	56	40	4
Dezember 2010	55	42	4
Dezember 2011	50	49	2
Dezember 2012	54	44	2
Dezember 2013	55	44	1
Dezember 2014	66	33	1
Dezember 2015	60	39	1
Dezember 2016	56	42	2
Dezember 2017	53	45	2
November 2018	62	35	3
Januar 2019	58	39	3
Februar 2019	56	41	3
März 2019	58	38	5
April 2019	61	35	4
Mai 2019	61	36	3
Juni 2019	63	34	3
Juli 2019	61	35	4
August 2019	61	35	4
September 2019	63	34	3
Oktober 2019	65	32	3
November 2019	65	32	3

Quelle: Repräsentative Umfrage des Lewada-Zentrums vom 21.–27. November 2019, veröffentlicht am 28. November 2019, <https://www.levada.ru/2019/11/28/odobrenie-institutov-vlasti-19/>

Grafik 6: Zustimmungsraten der Staatsduma, 2000–2019 (%)
Stimmen Sie den Tätigkeiten der Staatsduma zu?



	Zustimmung	Keine Zustimmung	Keine Antwort
September 2000	27	58	15
Juli 2001	29	59	12
Januar 2002	27	55	18
Januar 2003	30	60	11
Oktober 2004	28	64	8
März 2005	18	68	14
Dezember 2011	37	61	2
Dezember 2012	39	60	2
Dezember 2013	39	61	1
Dezember 2014	52	46	2
Dezember 2015	48	51	2
Dezember 2016	44	55	1
Dezember 2017	41	57	2
November 2018	36	63	1
Januar 2019	33	64	3
Februar 2019	36	63	2
März 2019	36	61	3
April 2019	39	59	3
Mai 2019	38	59	3
Juni 2019	38	59	2
Juli 2019	37	60	3
August 2019	37	60	3
September 2019	37	60	3
Oktober 2019	40	57	3
November 2019	40	58	2

Quelle: Repräsentative Umfrage des Lewada-Zentrums vom 21.–27. November 2019, veröffentlicht am 28. November 2019, <https://www.levada.ru/2019/11/28/odobrenie-institutov-vlasti-19/>

Schlusswort von Jegor Schukow:

»Je schlimmer meine Zukunft, desto breiter mein Lächeln«

Einleitung der Russland-Analysen

Das Schlusswort von Jegor Schukow erschien ursprünglich am 4. Dezember 2019 auf *Meduza* und wurde von dekodeur übersetzt und veröffentlicht.

Einleitung von dekodeur

»Je schlimmer meine Zukunft, desto breiter mein Lächeln«, so hat der 21-jährige Jegor Schukow am 4. Dezember 2019 sein Schlusswort vor Gericht in Moskau beendet. Am 6. Dezember wurde sein Urteil gefällt: Schuldig, drei Jahre Haft auf Bewährung. Er kommt aus dem Hausarrest, seinen Youtube-Kanal *Blog Shukowa* darf er allerdings nicht mehr betreiben, die Administratoren-Rechte wurden ihm entzogen. Außerdem darf er zwei Jahre lang kein Internet nutzen.

Das Urteil wird in Sozialen Medien als »Präzedenzfall« bewertet: »Das freie intellektuelle Beurteilen von Politik in Russland ist wieder strafbar«, kommentiert etwa Gleb Morew, Literatur-Chef beim unabhängigen Kulturportal *Colta*.

Schukow ist einer von zehn Demonstranten, die nach den Protesten vor der Wahl der Moskauer Stadtduma im Sommer nun in dem sogenannten *Moskowskoje Delo* verurteilt wurden, gegen 13 weitere Protestteilnehmer laufen Ermittlungen oder Strafverfahren (Stand Redaktionsschluss, 6. Dezember 2019, 10 Uhr).

Schukow wurde wegen »Aufruf zum Extremismus« verurteilt. Als Beweis diente dabei unter anderem ein Video des Bloggers auf Youtube – sein Kanal hatte damals rund 10.000 Abonnenten –, in dem er zu Protest aufgerufen habe mit dem Satz »tut nushno chwatatsja sa ljubyje formy protesta« (dt. »Es ist nötig, zu allen möglichen Protestformen zu greifen«). Damit habe er, so die Anklage, »politischen Hass und Feindseligkeit gegenüber der bestehenden Verfassungsordnung in der Russischen Föderation« gezeigt, sein Ziel sei, »die sozialpolitische Situation im Land zu destabilisieren«.

Mit dem Studenten der renommierten Higher School of Economics hatten sich zahlreiche Menschen in Einzelpikets solidarisch gezeigt, die Vizerektorin seiner Hochschule hatte angeboten, für ihn zu bürgen, was jedoch abgelehnt wurde.

Vor Gericht hielt der Angeklagte Schukow am 4. Dezember 2019 nun sein Schlusswort. Solche Schlussworte richten sich in Russland meist nicht unbedingt an die Richter – das Vertrauen in die Rechtsstaatlichkeit ist sehr gering –, sondern an eine breite Öffentlichkeit und ähneln manchmal auch kleinen Manifesten. So wurde etwa auch das Schlusswort von Maria Aljochina von Pussy Riot 2013 weit verbreitet. Das Schlusswort Schukows wurde mehrfach abgedruckt, auch von *Meduza*, und in den Sozialen Medien tausendfach geteilt.

Bei der Gerichtsverhandlung, die jetzt gerade läuft, geht es vor allem um Worte und ihre Bedeutung. Wir haben über konkrete Sätze, Formulierungen, Nuancen, Interpretationsarten gesprochen, und ich hoffe, dass wir dem verehrten Gericht beweisen konnten, dass ich kein Extremist bin – sowohl nach linguistischen Kriterien als nach gesundem Menschenverstand.

Nun komme ich zu fundamentalen Dingen als dem Sinn von Worten. Ich möchte über meine Handlungsmotive sprechen, zumal auch der Sachverständige sich dazu geäußert hat. Meine Motive sind aufrichtig und tiefgründig. Sie bringen mich dazu, mich mit Politik zu beschäftigen. Es sind Motive, aufgrund derer ich unter anderem das Video für den Kanal *Blog Shukowa* aufgezeichnet habe.

Beginnen möchte ich mit Folgendem: Der russische Staat positioniert sich heute als letzter Verteidiger traditioneller Werte. Viel Aufmerksamkeit, so sagt man uns,

liegt dabei auf der Institution Familie und dem Patriotismus. Als zentraler traditioneller Wert wird der christliche Glaube genannt. Euer Ehren, mir scheint, das ist vielleicht sogar gut. Die christliche Ethik umfasst Werte, die mir wahrhaft nahe sind.

Da ist erstens die Verantwortung. Dem Christentum zugrunde liegt die Geschichte eines Menschen, der sich dazu entschloss, das Leid der ganzen Welt auf sich zu nehmen. Die Geschichte eines Menschen, der Verantwortung übernahm, im größtmöglichen Sinne dieses Wortes. Im Kern nämlich ist die zentrale Idee der gesamten christlichen Religion die Idee von persönlicher Verantwortung.

Zweitens, die Liebe. »Liebe deinen Nächsten wie dich selbst«, das ist der wichtigste Satz der christlichen Religion. Liebe ist Vertrauen, Mitgefühl, Humanismus, gegenseitige Hilfe und Sorge füreinander. Eine Gesellschaft, die auf einer solchen Liebe gründet, ist

eine starke Gesellschaft, womöglich die stärkste überhaupt mögliche.

Doch um die Motive meiner Handlungen zu verstehen, genügt es, einen Blick darauf zu werfen, wie unser heutiger russischer Staat – der sich stolz als Beschützer des Christentums und somit seiner Werte hervortut – diese Werte tatsächlich schützt.

Bevor wir beginnen, über Verantwortung zu sprechen, muss zunächst die Frage beantwortet werden, was die Ethik eines verantwortlichen Menschen an und für sich ist, welche Worte er sich im Leben immer wieder sagt. Es könnten vielleicht die folgenden sein: »Siehe, dein ganzer Weg wird voller Schwierigkeiten sein, mitunter unerträglich. Alle dir Nahestehenden werden sterben. Alle deine Pläne werden scheitern. Du wirst betrogen und verlassen. Und dem Tod wirst du nicht entkommen. Leben ist Leiden. Finde deinen Frieden damit. Doch wenn du deinen Frieden damit gefunden hast, mit der Unausweichlichkeit des Leidens, lade dennoch das Kreuz auf deine Schultern und folge deinem Traum, denn sonst wird alles nur schlimmer. Werde zu einem Beispiel, werde einer, auf den man sich verlassen kann, unterwerfe dich keinem Despoten, kämpfe für die Freiheit des Körpers und des Geistes und bau ein Land auf, in dem deine Kinder glücklich werden können.«

Bringt man uns das etwa bei? Lernen die Kinder bei uns in der Schule etwa eine solche Ethik? Ehren wir etwa solche Helden? Nein. Die Situation im Land, wie sie ist, vernichtet jegliche Möglichkeiten des menschlichen Aufblühens. 10 Prozent der wohlhabendsten Russen halten 90 Prozent des Vermögens des Landes in ihren Händen. Unter ihnen gibt es natürlich höchst ehrenwerte Bürger, aber der Großteil dieses Vermögens stammt nicht aus ehrlicher Arbeit zum Wohle der Menschen, sondern aus banaler Korruption.

Unsere Gesellschaft ist durch eine undurchdringliche Schranke in zwei Ebenen unterteilt.

Das gesamte Geld ist oben konzentriert, und von dort gibt niemand etwas ab. Unten hingegen – und das ist nicht übertrieben – herrscht nur noch Ausweglosigkeit. In dem Bewusstsein, dass sie mit nichts mehr rechnen können, in dem Bewusstsein, dass sie sich abstrampeln können, wie sie wollen und dass sie sich und ihren Familien trotzdem nicht zu Glück verhelfen können, lassen russische Männer ihren ganzen Zorn an den Frauen aus und saufen, oder bringen sich um.

Bei der Selbstmordrate von Männern pro 100.000 Einwohner steht Russland an erster Stelle. Das Ergebnis ist, dass ein Drittel aller Familien in Russland alleinerziehende Mütter mit Kindern sind. So also, möchte man fragen, schützen wir die traditionelle Institution Familie?

Miron Fjodorow [russischer Rapper, besser bekannt unter Künstlernamen Oxxxymiron – Anm. d. Red.] war

öfter bei meiner Verhandlung anwesend und hat sehr ehrlich und zu Recht gesagt: Bei uns ist Alkohol billiger als ein Lehrbuch. Der Staat schafft alle Voraussetzungen dafür, dass ein Russe, der die Wahl hat zwischen Verantwortung und Verantwortungslosigkeit, sich immer für Letzteres entscheiden wird.

Und nun zur Liebe. Liebe ist nicht möglich ohne Vertrauen. Echtes Vertrauen entsteht aus gemeinsamem Handeln. Aber erstens ist gemeinsames Handeln in einem Land, in dem Verantwortungsbewusstsein nicht entwickelt ist, eine Seltenheit. Und zweitens: Wenn es doch irgendwo zu gemeinsamen Handlungen kommt, so wird das von den Gesetzeshütern gleich als Gefahr aufgefasst. Ganz gleich, was du tust: ob du Inhaftierten hilfst, für Menschenrechte eintrittst, die Umwelt schützt – früher oder später wirst du entweder zum »ausländischen Agenten« erklärt, oder man sperrt dich einfach so weg.

Der Staat gibt klar zu verstehen: »Leute, verkriecht euch in eure Löcher, aber fangt nicht an, gemeinsam zu handeln. Mehr als zwei Leute dürfen sich nicht auf der Straße treffen, sonst buchten wir euch fürs Demonstrieren ein. Zusammenarbeit bei sozialen Themen ist verboten, sonst erklären wir euch zu ‚ausländischen Agenten‘.«

Woher sollen in einer solchen Umgebung Vertrauen und letztlich Liebe kommen? Keine romantische, sondern eine humanistische Liebe von Mensch zu Mensch.

Die einzige Sozialpolitik, die der russische Staat konsequent betreibt, ist die Politik der Atomisierung. So entmenslicht uns der Staat in den Augen der jeweils anderen. In den Augen des Staates sind wir sowieso schon längst entmenslicht. Wie soll man sonst sein barbarisches Verhältnis zu den Menschen erklären? Ein Verhältnis, das jeden Tag unterstrichen wird mit Gummiknüppel-Prügeln, Folter in den Strafkolonien, dem Ignorieren der HIV-Epidemie, der Schließung von Schulen und Krankenhäusern und so weiter.

Lasst uns in den Spiegel schauen. Wer sind wir geworden? Wie konnten wir es zulassen, dass es so weit mit uns kommt? Wir sind eine Nation geworden, die verlernt hat, Verantwortung zu übernehmen. Wir sind eine Nation geworden, die verlernt hat, zu lieben. Vor über 200 Jahren schrieb Alexander Raditschschew auf seiner Fahrt zwischen Petersburg und Moskau: »Ich blickte um mich, und meine Seele wurde wund unter den Leiden der Menschheit. Ich wandte den Blick in mein Inneres, und ich erkannte, dass die Not des Menschen vom Menschen kommt«.

Wo sind heute solche Menschen? Menschen, deren Seele derart leidet wegen der Geschehnisse im eigenen Land? Warum gibt es solche Menschen kaum noch?

Die Sache ist die, dass der heutige russische Staat nur eine einzige traditionelle Institution wahrhaft in

Ehren hält und stärkt – und das ist die Autokratie. Eine Autokratie, die es darauf anlegt, einem jeden das Leben zu zerstören, der aufrichtig das Gute für seine Heimat will, der sich nicht schämt zu lieben und Verantwortung zu übernehmen.

Schließlich mussten die Bürger unseres leidgeprüften [Landes] gründlich lernen, dass Initiative bestraft wird, dass die Obrigkeit immer recht hat, einfach weil sie die Obrigkeit ist, und dass Glück vielleicht auch hier möglich ist, aber leider nicht für sie. Und nachdem sie das begriffen hatten, begannen sie nach und nach zu gehen. Laut einer Statistik von Rosstat verschwindet Russland allmählich – mit einer Durchschnittsgeschwindigkeit von etwa minus 400.000 Menschen im Jahr.

Hinter den Statistiken sind die Menschen nicht zu sehen. Aber schaut sie doch mal an! Vor Kraftlosigkeit saufen sie sich zu Tode, in ungeheizten Krankenhäusern erfrieren sie, werden umgebracht von irgendwem, bringen sich selbst um, Menschen ... solche wie du und ich.

Die Motive meines Handelns sind inzwischen wohl klar geworden. Ich wünsche mir wirklich, bei meinen Mitbürgern diese zwei Eigenschaften zu sehen: Verantwortung und Liebe. Verantwortung für sich selbst, für die Menschen um einen herum, für das ganze Land. Liebe zu den Schwachen, zum Nächsten, zur Menschheit. Dies ist mein Wunsch – und ein weiterer Grund, Euer Ehren, warum ich nicht zur Gewalt hätte aufrufen können. Gewalt, entfesselt, führt zu Strafflosigkeit und damit auch zur Verantwortungslosigkeit. Und genauso führt Gewalt auch nicht zu Liebe.

Und dennoch, trotz aller Hindernisse, zweifle ich nicht eine Sekunde daran, dass mein Wunsch in Erfüllung geht. Ich blicke nach vorn, hinter den Horizont der Jahre, und sehe ein Russland voll verantwortungsvoller und liebender Menschen. Das wird ein wahrhaft glücklicher Ort sein. Möge sich jeder ein solches Russland vorstellen. Und möge dieses Bild Sie in Ihrem Handeln leiten, wie es auch mich leitet.

Zum Abschluss möchte ich Folgendes sagen: Wenn das Gericht heute dennoch entscheidet, dass ein wirklich gefährlicher Verbrecher diese Worte vorträgt, dann werden die nächsten Jahre meines Lebens voller Entbehrungen und Mühsal sein. Aber ich schaue auf die Menschen, mit denen mich *Moskowskoje Delo* zusammengebracht hat, auf Kostja Kotow, auf Samariddin Radshabow, und sehe das Lächeln auf ihren Gesichtern. Ljoscha Minjailo und Danja Konon haben sich während unseres kurzen Kontaktes in Untersuchungshaft nie erlaubt, über das Leben zu klagen. Ich bemühe mich, ihrem Beispiel zu folgen. Ich bemühe mich, mich darüber zu freuen, dass mir die Chance zugefallen ist, durch diese Prüfung zu gehen im Namen der mir nahestehenden Werte. Im Endeffekt, Euer Ehren: Je schlimmer meine Zukunft, desto breiter mein Lächeln, mit dem ich ihr entgegen gehe. Danke!

*Übersetzung aus dem Russischen von der
dekoder-Redaktion*

Das russischsprachige Original des vorliegenden Beitrags ist online verfügbar unter <https://meduza.io/feature/2019/12/04/chem-strashnee-moe-buduschee-tem-shire-moya-ulybka>, die Übersetzung ins Deutsche durch dekoder unter <https://www.dekoder.org/de/article/shukow-plaedoyer-urteil-moskauer-prozesse>.

Die Redaktion der Russland-Analysen freut sich, dekoder.org als langfristigen Partner gewonnen zu haben. Auf diesem Wege möchten wir helfen, die Zukunft eines wichtigen Projektes zu sichern und dem russischen Qualitätsjournalismus eine breitere Leserschaft zu ermöglichen. Wir danken unserem Partner dekoder und *Meduza* für die Erlaubnis zum Nachdruck.

Die Redaktion der Russland-Analysen

Moskauer Prozess – »Moskowskoje delo«

Am 27. Juli 2019 nahmen Tausende an Protesten gegen die Nichtzulassung unabhängiger Kandidaten zur Moskauer Stadtdumawahl teil. An diesem Tag nahm die Polizei insgesamt 1.373 Menschen fest. Zwei Tage später eröffnete das Untersuchungskomitee eine Reihe von Fällen wegen »Massenunruhen«. Das harte Vorgehen der Strafverfolgungsbehörden gegen die Teilnehmer des sogenannten »Moskauer Protestssommers« rief eine Solidaritätswelle hervor. Der »Moskauer Prozess« ist noch nicht abgeschlossen – die jüngsten Urteile wurden Anfang Dezember verhängt. Eine Anzahl von Angeklagten bleibt in Untersuchungshaft. Anbei eine Liste der bisher Angeklagten im Moskauer Verfahren.

Die Redaktion der Russland-Analysen

Tabelle 1: Die jüngsten Urteile gegen Teilnehmer der Moskauer Proteste

Angeklagte	Die von der Staatsanwaltschaft geforderte Strafe	Die vom Gericht verhängte Strafe
Verurteilte		
Eduard Malyschewskij (47 Jahre alt, Bauarbeiter)		3 Jahre Haft
Jegor Schukow (21 Jahre alt, Student)	4 Jahre Haft	3 Jahre auf Bewährung
Nikita Tschirtsow (22 Jahre alt, Student)	3,5 Jahre Haft	1 Jahr Haft
Pawel Nowikow (32 Jahre alt)	3 Jahre Haft	Geldstrafe (120.000 Rubel)
Wladimir Jemeljanow (27 Jahre alt, Merchandiser)	4 Jahre Haft	2 Jahre auf Bewährung
Jegor Lesnych (34 Jahre alt, Umweltaktivist)	4 Jahre Haft	3 Jahre Haft
Maxim Martinzow (27 Jahre alt, Ingenieur)	3,5 Jahre Haft	2,5 Jahre Haft
Alexander Mylnikow (32 Jahre alt, Manager)	3 Jahre Haft	2 Jahre auf Bewährung
Kirill Schukow (28 Jahre alt)		3 Jahre Haft
Jegor Kowalenko (48 Jahre alt, Eisenbahnwächter)		3,5 Jahre Haft
Iwan Podkopajew (25 Jahre alt, Techniker)		2 Jahre Haft
Daniil Beglez (27 Jahre alt, Unternehmer)		2 Jahre Haft
Pawel Ustinow (23 Jahre alt, Schauspieler)		1 Jahr auf Bewährung
Konstantin Kotow (34 Jahre alt, Programmierer)		4 Jahre Haft
Wladislaw Siniza (30 Jahre alt, Finanzmanager)		5 Jahre Haft
In Untersuchungshaft		
Sergej Surowzew (30 Jahre alt, IT-Spezialist)		
Alexej Weresow (46 Jahre alt, Musiker)		
Jewgenij Jersunow (24 Jahre alt, Manager)		
Andrej Barschaj (21 Jahre alt, Student)		
Samariddin Radschabow (21 Jahre alt, Bauarbeiter)		

Quelle: Meduza, https://meduza.io/en/feature/2019/12/06/black-friday?utm_source=email&utm_medium=briefly&utm_campaign=2019-12-06; OWD-Info, <https://ovdinfo.org/articles/2019/10/31/moskovskoe-delo-kto-eti-lyudi-i-za-chto-ih-sudyat-gid-ovd-info>

11. November – 7. Dezember 2019

11.11.2019	In Bijsk, in der Region Altaj, ruft die Regierung den Notstand aus. Aufgrund eines Preiskampfes der örtlichen Müllabfuhr mit dem Betreiber der Mülldeponie waren seit Tagen nur noch etwa 60 Prozent aller Abfälle abtransportiert worden.
18.11.2019	Laut aktueller Umfrage des Lewada-Zentrums sind 70 Prozent der Russen zufrieden mit der Arbeit des Präsidenten Wladimir Putin. Im Oktober 2015 hatten noch 82 Prozent der Befragten ihre Zustimmung geäußert.
18.11.2019	Das russische Außenministerium teilt mit, dass drei der durch Russland am 25. November 2018 bei einem Zwischenfall in der Straße von Kertsch beschlagnahmten ukrainischen Militärschiffe an die Ukraine zurückgegeben wurden. Das Außenministerium betonte gleichzeitig, dass gegen die ukrainische Seite weiter wegen der Verletzung der Grenze ermittelt werde.
18.11.2019	Die zypriotische »Delance Limited«, die vom Gründer des Autohändlers »Rolf«, Sergej Petrow, kontrolliert wird, verkauft seine Anteile an »Rolf«. Im Juni wurde bekannt, dass gegen Petrow und weitere Führungskräfte des Autohandels ein Strafverfahren wegen der Veruntreuung von vier Milliarden Rubel (etwa 56,7 Millionen Euro) eröffnet wurde. Kurz darauf trat Petrow, der im Ausland lebt, aus dem Vorstand von »Rolf« zurück.
19.11.2019	Die russische Staatsduma nimmt in dritter Lesung ein Gesetz an, wonach künftig auch Privatpersonen als »ausländische Agenten« eingestuft werden können. Es sieht vor, dass jeder, der Inhalte von als »ausländische Agenten« registrierten Medien repostet und außerdem Geld aus dem Ausland erhält, den Status erhalten kann. Bisher waren nur NGOs und Medien betroffen.
20.11.2019	Einer aktuellen Umfrage des Lewada-Zentrums zufolge, ist der Anteil der Russen, der die Meinungsfreiheit als ein wichtiges Menschenrecht betrachtet, in den vergangenen zwei Jahren von 34 Prozent auf 58 Prozent angestiegen. Der Anteil derjenigen, die die Religionsfreiheit als eines der wichtigsten Menschenrechte betrachten, stieg von 22 Prozent im Jahr 2017 auf 40 Prozent, das Recht auf Versammlungsfreiheit erachten 28 Prozent als wichtig. Im Jahr 2017 waren es noch 13 Prozent.
21.11.2019	Die russische Staatsduma verabschiedet in dritter Lesung ein Gesetz, dass die Verbreitung von Inhalten von Fernsehsendern, deren Betrieb von staatlicher Seite eingestellt oder ausgesetzt wurde, über audiovisuelle Dienste wie YouTube unter Strafe stellt. Das Gesetz sieht Geldbußen in Höhe von bis zu einer Million Rubel (etwa 14.000 Euro) vor.
25.11.2019	Irina Golosnaja, stellvertretender Leiterin des Föderalen Dienstes zur Regulierung des Alkoholmarktes, wird in Untersuchungshaft genommen. Ihr wird Amtsmissbrauch in drei Fällen vorgeworfen. So soll sie die Systeme zur Erfassung und Übertragung von Produktionsmengen an zuständige staatliche Stellen in mehreren Fällen manipuliert haben. Infolgedessen entgingen dem Staat Steuereinnahmen in Höhe von etwa 58 Millionen Rubel (etwa 820.000 Euro).
26.11.2019	Das Sawelowskij-Bezirksgericht in Moskau lehnt die Klage Aljona Popowas zur Unrechtmäßigkeit der Videoüberwachung mit Gesichtserkennung im öffentlichen Raum ab. Diese störe nicht die Privatsphäre der Bürger, die gespeicherten Daten erlaubten keine Rückschlüsse auf die Identität von Personen. Seit 2017 gibt es in Moskau ein Gesichtserkennungssystem, im Jahr 2019 plante die Stadt eine Ausweitung der Technologie auf alle 162.000 Überwachungskameras in der Stadt.
26.11.2019	Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte verurteilt Russland zur Zahlung einer Entschädigung von 19.000 Euro an den Schriftsteller Eduard Limonow. Das Gericht sah es als erwiesen an, dass Limonows Recht auf freie Meinungsäußerung im Jahr 2007 während einer öffentlichen Auseinandersetzung mit Jurij Lushkow, damals Bürgermeister der Stadt Moskau, verletzt worden sei. Limonow hatte öffentlich vermutet, dass der Sender »Radio Liberty« unter Kontrolle Lushkows stehe. Er war daraufhin vom Moskauer Stadtgericht zur Zahlung einer Entschädigung von 500.000 Rubel (etwa 7.000 Euro) an Lushkow verurteilt worden.
26.11.2019	Irina Golosnaja, stellvertretende Leiterin des Föderalen Dienstes zur Regulierung des Alkoholmarktes, wird aus der Untersuchungshaft entlassen. Sie war am 21. November 2019 wegen des Verdachts auf Amtsmissbrauch verhaftet worden. Das Moskauer Stadtgericht sieht die Beweislast für die Einleitung eines Strafverfahrens allerdings als nicht ausreichend an.

27.11.2019	Der US-amerikanische Hard- und Softwareentwickler »Apple« ändert die geografische Zuordnung der Krim und Sewastopols in seinen Produkten. Ab sofort wird in der Anwendung »Maps« die Krim als russisch gekennzeichnet. »Apple« hatte seit Mai mit dem Staatsduma-Ausschuss für Sicherheit und Korruptionsbekämpfung über die geografische Bezeichnung der Krim verhandelt.
30.11.2019	Lew Ponomarjow, Gründer der am 01. November 2019 durch ein Gerichtsurteil aufgelösten Menschenrechtsorganisation »Für Menschenrechte« (russ.: »Sa prawa tscheloweka«) kündigt die Gründung einer neuen Organisation gleichen Namens sowie die Bildung einer Koalition zivilgesellschaftlicher Organisationen an.
30.11.2019	Der ehemalige Finanzminister der autonomen Republik Inguschetien, Ruslan Zetschojew, wird zu einer fünfjährigen Haftstrafe verurteilt. Er soll im Jahr 2014 aus dem Bundeshaushalt zur Verfügung gestellte Subventionen in Höhe von 2 Milliarden Rubel (etwa 28 Millionen Euro) zur Deckung des Haushaltsdefizits zweckentfremdet haben.
02.12.2019	Der russische Präsident Wladimir Putin und sein chinesischer Amtskollege Xi Jinping nehmen die Gaspipeline »Sila Sibiri« in Betrieb. Sie soll Gas aus der Republik Jakutien und der Region Irkutsk in die Länder des pazifischen Raums pumpen. Große Teile der Lieferungen sind für den chinesischen Energiemarkt bestimmt. Der Vertrag wurde bereits im Mai 2014 geschlossen und sieht eine Laufzeit von 30 Jahren vor.
04.12.2019	Im Zusammenhang mit den Ermittlungen zur Ermordung eines georgischen Staatsbürgers im August 2019 in Berlin weist die deutsche Bundesregierung zwei Mitarbeiter der russischen Botschaft aus. Die deutschen Ermittlungsbehörden schließen nicht aus, dass der Mord auf Ersuchen russischer Behörden begangen worden sei. Der russische Außenminister Sergej Lawrow kritisierte den Schritt und kündigte eine angemessene Antwort Russlands an.
06.12.2019	Im Rahmen der sogenannten »Moskauer Prozesse« verurteilt das Kunzewskij-Bezirksgericht in Moskau Jegor Shukow zu einer dreijährigen Bewährungsstrafe wegen öffentlicher Aufrufe zu extremistischen Aktivitäten auf seinem Blog »Blog Shukowa«. Shukow war am 02. August 2019 wegen seiner Teilnahme an Massenprotesten im Zentrum Moskaus am 27. Juli verhaftet worden. Vom Vorwurf der Teilnahme an Massenunruhen war er bereits freigesprochen worden. Auf dem Portal »change.org« forderten mehr als 100.000 Menschen die Freilassung Shukows.
06.12.2019	Im Rahmen der sogenannten »Moskauer Prozesse« verurteilt das Twerskoj-Bezirksgericht in Moskau Pawel Nowikow zu Zahlung einer Geldstrafe von 120.000 Rubel (etwa 1.700 Euro) wegen der Anwendung von Gewalt gegen Staatsvertreter. Nowikow hatte an den Protesten im Moskauer Stadtzentrum am 27. Juli teilgenommen. Er hatte sich schuldig bekannt, einen Polizisten mit einer Flasche Wasser angegriffen zu haben.
06.12.2019	Im Rahmen der sogenannten »Moskauer Prozesse« verurteilt das Twerskoj-Bezirksgericht in Moskau Nikita Tschirzow zu einem Jahr Haft wegen der Anwendung von Gewalt gegen Staatsvertreter. Tschirzow hatte an den Protesten im Moskauer Stadtzentrum am 27. Juli teilgenommen.
06.12.2019	Im Rahmen der sogenannten »Moskauer Prozesse« verurteilt das Meschtschanskij-Bezirksgericht in Moskau Wladimir Emeljanow zu einer zweijährigen Bewährungsstrafe wegen der Gewaltanwendung gegenüber Staatsvertretern. Emeljanow hatte an den Protesten im Moskauer Stadtzentrum am 27. Juli teilgenommen.
06.12.2019	Das Ermittlungskomitee gibt bekannt, dass die Ermittlungen gegen Sergej Fomin im Rahmen der sogenannten »Moskauer Prozesse« eingestellt werden. Fomin hatte an den Protesten im Moskauer Stadtzentrum am 27. Juli teilgenommen und war am 08. August festgenommen worden. Ihm war vorgeworfen worden, ein fremdes Kind mit auf die Demonstration genommen zu haben. Das Ermittlungskomitee sieht keine Hinweise auf eine Straftat.
06.12.2019	Im Rahmen der sogenannten »Moskauer Prozesse« verurteilt das Meschtschanskij-Bezirksgericht in Moskau Egor Lesnych zu drei Jahren Haft, Maksim Martinzow zu 2,5 Jahren Haft und Aleksandr Mylnikow zu 2 Jahren Haft auf Bewährung wegen eines Angriffs auf Mitarbeiter der Nationalgarde bei Protesten im Moskauer Stadtzentrum am 27. Juli 2019.

07.12.2019	Der russische Präsident Wladimir Putin und sein weißrussischer Amtskollege Alexandr Lukaschenko treffen zu Gesprächen in Sotschi zusammen. Im Mittelpunkt stehen die Verhandlungen über die Gründung eines Unionsstaates.
------------	---

Die Chronik wird zeitnah erstellt und basiert ausschließlich auf im Internet frei zugänglichen Quellen. Die Redaktion der Russland-Analysen kann keine Gewähr für die Richtigkeit der Angaben übernehmen.

Zusammengestellt von Alena Schwarz

Sie können die gesamte Chronik seit 1964 auch auf <http://www.laender-analysen.de/russland/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Herausgeber:

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen
Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.
Deutsches Polen-Institut
Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien
Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung
Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Redaktion:

Evgeniya Bakalova (verantwortlich)
Assistenz: Leonie Eckl
Sprachredaktion: Hartmut Schröder
Chronik: Alena Schwarz
Satz: Matthias Neumann

Wissenschaftlicher Beirat:

Dr. Sabine Fischer, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin
Prof. Dr. Alexander Libman, Universität München
Prof. Dr. Jeronim Perović, Universität Zürich
Dr. Cindy Wittke, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung Regensburg

Die Meinungen, die in den Russland-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.
Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

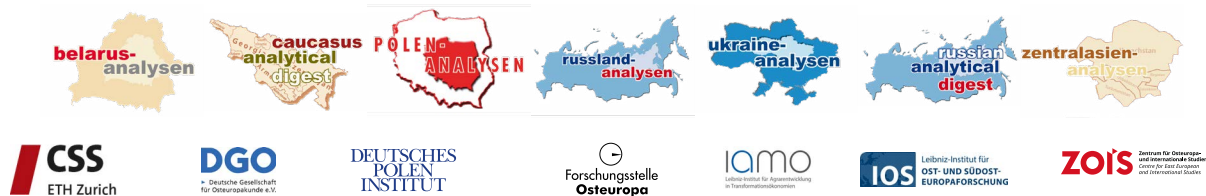
Russland-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

Alle Ausgaben der Russland-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

Die Russland-Analysen werden im Rahmen eines Lizenzvertrages in das Internetangebot der Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de) aufgenommen.

ISSN 1613-3390 © 2019 by Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Länder-Analysen • Klagenfurter Str. 8 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607
e-mail: laender-analysen@uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/russland/>



Kostenlose E-Mail-Dienste: Länder-Analysen

 @laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die deutschsprachigen Länder-Analysen werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, dem Deutschen Polen-Institut, dem Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien und dem Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung herausgegeben. Die englischsprachigen Länder-Analysen erscheinen in Kooperation der Forschungsstelle Osteuropa mit dem Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>

TWITTER, TWEET, RETWEET und das Twitter Logo sind eingetragene Markenzeichen von Twitter, Inc. oder angeschlossenen Unternehmen.